

Er scheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gefaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 12 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 106 .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 22. März 1912

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Aufruf zur Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter. — Zur Generalversammlung in München. — Die Wirkung der Preissteigerung auf die Kaufkraft der Lohnempfänger. (Schluß). — Was jeder Gewerkschaftler von der Reichsverfassung wissen sollte. — Tenierung und Lebensmittel. — Die letzte Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe. — Zentral-Strikten- und Begründungsfälle der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige. (E. D.). — Streits und Lohnbewegungen. Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachungen zur Generalversammlung in München. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bücherchau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 24. bis 30. März ist der 13. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.**

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Rothenburg i. T.** Die Arbeiterschaft der hiesigen Kindervagenfabrikation steht im Streik und ist Zugang streng fernzuhalten.

**Dresden.** Die Reiseeffektenarbeiter stehen in der Tarifbewegung und ist der Zugang nach Dresden streng fernzuhalten.

**Berlin.** Die Militäreffektensattler stehen in der Lohnbewegung. Arbeitsangebote sind zurückzuweisen und der Zugang ist fernzuhalten.

## Aufruf zur Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wendet sich in einem Aufruf an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands, in dem es heißt:

Am 11. März sind die Bergarbeiter des Ruhrkohlenreviers in den Ausstand getreten, um in erster Linie eine der Lebensmittelerzeugung angemessene Lohnerhöhung zu erreichen. Eine Reihe weiterer Forderungen betreffend die Lohnzahlungsstrafen, Schichtzeit, Ueber- und Nebenlöhnen, Werkwohnungen, Arbeitsnachweis, Strafweisen, Schiedsgericht, Nichtanrechnung der reichsgesetzlichen Versicherungsleistungen auf die Anwartschaftsrente und Wohlfahrts-Einrichtungen, sind den Werkverwaltungen unterbreitet worden, treten aber an Bedeutung zurück hinter der Forderung einer 15prozentigen Lohnerhöhung für alle Arbeiter. Die Grubendirektionen haben sowohl die gesamten Forderungen als auch jede Verhandlung mit den Organisationen der Bergarbeiter abgelehnt. Sie erklärten sich zwar teilweise bereit, über eine Lohnerhöhung mit den gesetzlichen Arbeiterausschüssen zu verhandeln, unterließen aber

nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Ausschüsse in Lohnfragen nicht zuständig seien. Soweit solche Verhandlungen mit Ausschüssen stattfinden, sind sie seither ergebnislos verlaufen.

Der Streik hat sich auf die gesamte Steintohlenindustrie des Ruhrbezirks mit ihren Nebenanlagen (Kokereien, Verwertungsbetriebe) ausgedehnt, ist aber auch schon auf andere Reviere (Saar, Deister, Sachsen, Ober- und Niederlothringen) übergesprungen. Obwohl der christliche Gewerksverein der Verleiher die Parole des Streikbruchs ausgegeben hat, sind zahlreiche seiner Mitglieder in den Ausstand getreten. Vereits am 12. März überschritt die Zahl der Streikenden 200 000.

Das Verhalten der Werksbesitzer läßt ein Entgegenkommen an die Forderungen der Arbeiter nicht erkennen. Sie haben für Anfang April d. J. Lohnzulagen bis 10 Proz. in Aussicht gestellt, aber nur für die Schichtlöhner, wobei der weitaus größte Teil der Arbeiter, der im Gehaltslohn arbeitet, nicht in Frage kommt. Deren Löhne würden nach der Erklärung der Zehnerverwaltungen mit der Konjunktur von selbst steigen, d. h. durch Verfahren von Ueber- und Nebenlöhnen. Die Bergarbeiter fordern dagegen mehr Lohn für die gleiche Arbeit!

Der Zeitraum des Ausstandes ist seitens der Arbeiterschaft sehr günstig gewählt. Eine bessere Konjunktur dürfte für die Verleiher kaum in Jahren wiederkehren. Ihr Streben, den Lohn von 1907 nicht einer der Lebensmittelerzeugung entsprechenden Zulage zu erreichen, muß als verächtlich bezeichnet werden. So bedauerlich die Streikfruchtbarkeit des christlichen Gewerksvereins bleibt, so wollten doch die an der Lohnbewegung beteiligten Arbeiterverbände sich von den Christlichen nicht völlig um den Erfolg der günstigen Konjunktur bringen lassen.

Der Kampf der Bergarbeiter gilt aber auch dem Willkürregiment der Grubendirektionen, die jede Organisation ihrer Arbeiter und jeden Einfluß der letzteren auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen aufs schroffste zurückweisen und das Regiment des Herrn im Hause dauernd zur Geltung bringen wollen. Während in anderen Berufen sich eine paritätische Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge längst durchgesetzt hat, verharren die Zehnerherren auf dem Standpunkt, den Arbeitsvertrag einseitig zu diktieren. Ebenso wie 1906 wäre auch der diesjährige Kampf vermiehen worden, wenn der Zehnerverband oder die Werkverwaltungen sich auf Vereinbarungen mit den Organisationen oder Vertretungen der Arbeiterschaft eingelassen hätte.

Da die deutsche Bergarbeiterschaft sich angesichts des schroffen Machtmissbrauchs der Grubendirektionen und der Massenstreikparole der christlichen Gewerksvereinsleitung auf einen ebenso umfangreichen wie harten Kampf einrichten muß, für den die eigenen Mittel der Organisationen kaum hinreichen dürften, so ergeht an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands hierdurch der Aufruf, die ausfälligen Hunderttausende von Bergarbeitern durch schleunige Übernahme allgemeiner Sammlungen tatkräftig zu unterstützen. Es werden große Anforderungen an die Solidarität der Arbeiterklasse gestellt, aber wir hoffen, daß die so oft bewährte Opferfreudigkeit sie auch in diesem Niesenkampfe zu den höchsten Leistungen anspornen wird.

## Zur Generalversammlung in München.

XVII.

P. B. Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Termin, an dem die Anträge der Verwaltungen eingelaufen sein müssen. Der Höhepunkt der Diskussion ist somit überschritten und wird nur hier und dort noch ein Aufflackern zu bemerken sein, wenn die gestellten Anträge veröffentlicht werden. Es darf hier gesagt werden, daß unsere ganze Diskussion zum Verbandstag unter einem unglücklichen Stern stand. In dem Augenblick, wo zu erwarten war, daß die Debatte einleiten sollte, kamen uns die Reichstagswahlen in den Weg, die ja mit Recht das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft für sich in Anspruch nahmen. Unsere Funktionäre, ob besoldete oder unbesoldete, hatten die Verpflichtung, in diesem Kampfe gegen den schwarzen Blod alle Kräfte anzupanzern, und hatten auch die Gauleiter und andere Beamten unserer Organisation den weitesten Spielraum für die Erledigung dieser Arbeiten erhalten. Aber auch unsere Mitglieder hatten sehr wenig Interesse für ihre eigenen Angelegenheiten, und wurden die einzelnen Artikel und Berichte zur Generalversammlung so gut wie gar nicht beachtet. Deshalb hätte es auch gar keinen Wert gehabt, wenn der Artikel der Redaktion in Nr. 10 zwei Monate früher erschienen wäre, wie es der Wunsch des Kollegen N. Steiner ist. Zudem standen die Ziffern für 1911 noch gar nicht fest und mußte mit Hochdruck gearbeitet werden, um den Rechenschaftsbericht so früh als möglich herauszubringen, wenn auch ohne Kommentar. Zudem war aber bereits in dem Eröffnungsartikel am 29. November 1911 das Nötige gesagt.

Nun ist die Beitragsfrage als Gegenstand einer öffentlichen Debatte immer etwas sehr delikat und nur mit Vorsicht anzufassen. Insbesondere lassen sich nicht alle Gründe für eine Erhöhung im breitesten Rahmen in einer Zeitung behandeln. Mit Rücksicht auf die außerordentlich große Zahl von Bewegungen, die zurzeit bei uns angemeldet sind, lassen wir viele Einwände, welche in den Berichten zum Ausdruck kommen, unbeantwortet. Das gesprochene Wort an der richtigen Stelle, auf der Münchener Generalversammlung, wird die notwendige Aufklärung bringen. Aus diesem Grunde können wir den Wünschen des Kollegen Steiner, der übrigens fern von Madrid weit und sehr häufig mit unserem Kollegen Steiner-Leipzig verwechselt wird, nicht folgen und unsere Ansichten über die Staffelleiträge in aller Breite begründen. Mit Naturnotwendigkeit mühten wir der besten Beraterin, der Erfahrung auf diesem Gebiete, folgen und damit in das ur-eigene Interesse anderer Organisationen eingreifen, zudem wir uns an dieser Stelle nicht berufen fühlen. In der ganzen Frage soviel für heute. Einen Staffelleitrag nach Lohn-

bezirken kann es für unsere Organisation nicht geben, weil wir geschlossene Lohnbezirke nicht haben, mit Ausnahme des Offenbacher Gebietes. Aber auch hier differieren die Löhne zwischen den einzelnen Gruppen so stark, daß eine gerechte Belastung nicht gut gefunden werden kann. Im allgemeinen ist unsere Organisation als ein Industrieverband anzusehen, dessen einzelne Berufsgruppen fast in jeder Verwaltungsstelle in mehr oder weniger starkem Verhältnis anzutreffen sind. Die Festsetzung von Beiträgen nach Branchen oder nach Ortsverhältnissen ist ein Unding, wenn ein bestimmter, garantierter Minimallohn nicht vorhanden ist. Die Selbsteinschätzung der Kollegen ist undisputabel, um mehr nicht sagen zu müssen. Wenn auf den Bauarbeiterverband hingewiesen und dessen Einrichtungen zum Studium empfohlen wurden, so dürfen wir darauf erwidern, daß wir schon längst über diese Materie unterrichtet sind und daß doch hier die uns fehlende Grundlage für die Normierung eines Wochenbeitrages auf Grund der Stundenlöhne vorhanden ist. Darüber hinaus haben wir noch wochenlang andere Studien betrieben, deren Resultate zu dem Ergebnis führten, daß für unsere Organisation der Staffelbeitrag zurzeit nicht einzuführen geht. Die nähere Begründung wird München bringen. Wir wollen jedoch nicht verschweigen, daß uns von einem Kollegen ein Vorschlag gemacht wurde, der einem Staffelbeitrag sehr ähnlich sieht und der durchaus diskutabel erscheint. Dieser Vorschlag lautet ungefähr so: Der Zentralbeitrag beträgt 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder. Dieser Beitrag ist in seiner vollen Höhe an die Zentrale abzuführen und hat die Hauptkasse alle Gegenleistungen zu bestreiten, welche ihr schon heute durch das Statut auferlegt sind. Die Ortsverwaltungen erheben nun einen Zuschlag, der aber zum mindesten 5 Pf. pro Woche betragen muß, um ihre örtlichen Unkosten zu decken. Die Ortsverwaltungen, die mehr als 5 Pf. pro Mitglied brauchen, erheben 10, 15 oder 20 Pf. oder gar 25 Pf. Wir sind überzeugt, daß eine Reihe Verwaltungsstellen schon mit 5 Pf. auskommen, sofern sie keine Unterstützungszuschüsse zahlen, und ist der Gedanke einer Prüfung wert.

Sehen wir das Bild der heutigen Debatte über die Beitragsfrage an, so ist erstens derweise ein großer Umschwung eingetreten. Und wenn sich der Zentralvorstand einen Vorwurf zu machen hat in seiner Taktik zur Beitragsfrage, dann ist es nicht der, daß er die Mitglieder durch die Gauleiter aufzuklären suchte, sondern vielleicht der, daß dieses nicht schon vier bis sechs Wochen früher geschah. Die Gründe hierfür sind oben schon angedeutet, und wir wiederholen nochmals, daß die Reichstagswahlen und nachher auch für Bayern die Landtagswahlen unserem Willen die Flügel beschneiden. Vollständig kommt der Umschwung in den Ansichten nicht zum Ausdruck, denn eine falsche Scham hielt manche Verwaltungsstelle zurück, ihre Ansichten zum öffentlichen Ausdruck zu bringen. Was wir aber in einer freien Organisation nicht verstehen können, ist, daß man den einzelnen Delegierten ein gebundenes Mandat aufzwingen will. Ein jeder Kandidat soll seine Wähler nicht um eines Mandates halber über seine Ansichten im unklaren lassen. Auf das entscheidende soll er aber die Zustimmung einer geschlossenen Marschroute ablehnen.

Gaben sich die Befürworter dieser gebundenen Mandate niemals überlegt, daß der Fortschritt der ganzen Kulturwelt nur in dem Austrag der freien Meinung besteht. Die ganze Arbeiterbewegung in ihrer heutigen gewaltigen Gestaltung ist schließlich nur in dem Kampf und dem Widerstreit der Interessen und durch die gegenseitige Beeinflussung und Belehrung geboren worden. Wir verurteilen das Gebahren der Zunker, die ihre Arbeiter zu Heloten herabwürdigten und sie zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen. Das Vertrauen, welches die Mitglieder zu ihren Führern haben, müssen sie auch ihren Auserwählten zum Verbandstage entgegenbringen. Nur ein aufrechter, gerader Mann soll der Delegierte sein, der sein Tun und Lassen auch mit seinem Gewissen in Einklang bringen kann.

XVIII.

Die Diskussion über die Aufgaben der Generalversammlung würde wohl in ganz andere Bahnen gelenkt worden sein, wenn der redaktionelle Artikel in Nr. 10 unseres Organs vor zwei Monaten veröffentlicht worden wäre. Heute können wir uns ruhig einstellen, daß wir alle ein wenig ins Blaue hinein diskutiert haben. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen ist zweifellos, daß etwas zur Hebung unserer Verbandsfinanzen getan werden muß. Bei einer Gesamteinnahme von 847 943 Mk. nur 98 000 Mk. für die großen Kämpfe zurücklegen, die uns nicht erspart bleiben werden, heißt eine Niederlage vorbereiten.

Ich glaube nicht, daß das Allheilmittel zur Besserung der Verbandsfinanzen eine generelle Beitragshöhung ist, wie sie der Zentralvorstand vorschlägt. Ich erinnere an das, was ich nach Veröffentlichung des Jahresberichts für 1909/1910 darüber hier geschrieben habe. Auch die Gehaltsliste für zurückgebliebene Orte bis zum 1. Januar 1914 läßt mir diese Beitragshöhung nicht annehmbar scheinen. Studiert man den Jahresbericht für 1911, zu dem leider jeder Kommentar fehlt, dann gewinnt man den Eindruck, daß unsere Zentralverwaltung große Anstrengungen gemacht hat, um die Ausgaben zu vermindern, daß jedoch die Ersparnisse, die in der Verwaltung usw. realisiert wurden, durch die um nahezu 20 000 Mk. erhöhten Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung wieder draufgingen. Rund 100 000 Mk. hat der Verband aus der Zentralkasse im Jahre 1911 für Erwerbslosenunterstützung ausgegeben! Und dabei war das Jahr 1911 nicht etwa ein Krisenjahr.

Gewiß, das hat uns nicht gehindert, noch nahezu 50 000 Mk. zurückzulegen. Man könnte diese Summe für ausreichend halten, wenn wir die Gewähr hätten, daß unsere Ersparnisse sich dauernd auf dieser Höhe halten würden. Ich bin freilich der Meinung, daß solange wir nicht einen Kriegsfonds in der Zentralkasse haben, der es ermöglicht, bei einem großen Lohnkampf zwei Drittel unserer Mitglieder während 6 Wochen aus eigenen Mitteln zu unterstützen, 3,66 Mk. pro Kopf Ersparnisse nicht ausreichen. Ich bezweifle jedoch, daß wir in den nächsten Jahren auf 50 000 Mk. Ersparnisse rechnen können, ganz einfach, weil wir in allen Branchen, mit Ausnahme der Lederwarenbranche, Lohnkämpfe durchzuführen haben werden, die bei der Zerpfitterung der meisten Industrien erfahrungsgemäß recht kostspielig sind. Wenn wir 1911 nur rund 33 000 Mk. an Streikunterstützung gegen 52 000 Mk. im Jahre 1910 veranlagten, so können wir damit rechnen, daß wir in diesem und dem nächsten Jahre die Ausgaben von 1910 wohl noch überschreiten werden. Da wir aber auf eine Verminderung der Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung nicht rechnen können, bleibt uns nur übrig, für eine Erhöhung der Verbandsbeiträgen zu sorgen. Den Vorschlag auf Erhebung von Staffelbeiträgen hält die Redaktion für veraltungs-technisch zu kompliziert. Ich habe diese Befürchtung bereits ausgesprochen und erwartete Gründe. Die sind aber bis jetzt nicht gegeben worden. Die ausgedehnten Staffelbeiträge hat wohl der Bauarbeiterverband, der zwei Jahren wohnlich als Ueberreifer einer Delegation bei der Bismarckstadt das Beitragsystem erläuterte. Ich erinnere mich jedoch nicht, daß irgendwie auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden wäre, die durch die Staffelbeiträge in der Verwaltung entstehen. Es wäre gut, wenn unser Zentralvorstand darüber sich genauer informierte. Das System, das ich vorgeschlagen habe, nach Branchen und Lohnbezirken, ist nach meiner freilich nicht maßgebenden Meinung durchaus nicht kompliziert. Eine gewisse Komplikation würde nur in einigen wenigen großen Verwaltungsstellen Platz greifen, wahrscheinlich nur in zwei oder drei. Freilich kann an einer differenzierten Staffellage, etwa nach Stundenlöhnen, nicht gedacht werden. Wir können nur nach Durchschnittslöhnen rechnen. Da würden wir selbst in Berlin mit einer Bierstaffelung auskommen, während die meisten Verwaltungsstellen Einheitsbeiträge erheben würden. Ich hatte die Absicht, bestimmte Vorschläge zu machen, leider fehlt mir zu den nötigen Vorarbeiten die Zeit.

Nun noch ein Wort zu dem Ausbau der Raucherkonferenzen. Ich halte den Gedanken für ungemein glücklich, auch in der Form, wie er von der Redaktion vertreten wurde. Die Agitation könnte dann gleichfalls rationeller betrieben werden und die eingetretene Verlangsamung der Mitgliederzunahme würde dadurch vielleicht behoben. Auch die Frage der Jugendorganisation verdient eine gründliche Besprechung. Ich kann hier die pessimistische Auffassung des Kollegen Schulze-Vorlin nicht teilen. Gar so schlecht fiel der erste Versuch nicht aus. Die Frage ist nur, wie es besser gemacht werden kann. Josef Steiner.

NB. Die Frage des Kollegen aus Bremerhaven, ob ich mit meinem Zitat der Redaktion oder dem Be-

richtersatter ein auszuweichen wollte, kann ich nur in jedem Sinne verneinen. Ich habe die vielleicht unangenehme Eigenschaft, zu sagen, was ich will. Wenn ich das eine oder das andere gewollt hätte, würde ich es also gesagt haben. Mir schien das Zitat typisch in seiner größten Ueberblichkeit. Weil ich Sinn für Humor habe, bin ich also der Redaktion und dem fraglichen Berichterstatter für das Zitat dankbar. Daß die „sympathischen Menschen mit den Halsbaaren“ mit ihrer Kaltblütigkeit auch das Lachen verloren haben, ist allerdings bedauerlich. S.

XIX.

Ein sehr lebhaftes Interesse findet wieder einmal unsere vorgeschlagene Beitragshöhung in unserem Verband. Es ist ja auch selbstverständlich, in den Zeiten, wo alles teurer wird, scheut man auf diesem Gebiete noch höhere Ausgaben. Man muß sich dabei aber auch sagen, daß nichts wieder billiger wird, sondern eher teurer und daher darf man von dieser Seite aus die Beitragshöhung nicht gleich ablehnen. Unser Zentralvorstand begründet die Erhöhung damit, daß unser Kapital in den letzten drei Jahren nicht in der Weise gewachsen ist, um bei größeren Kämpfen längere Zeit aushalten zu können. Man muß sich fragen, ist es denn nötig, daß wir einen großen Kampffonds brauchen, so wird dieses wohl jeder bezagen, und wie können wir dem Fonds mehr Geld zuführen. Diese Frage kann man leicht beantworten. Wir bezahlen 10 Pf. mehr Beitrag, lassen unsere Unterstufungsfrage wie sie sind und unser Kapital wächst. Aber das wollen die Mitglieder nicht. Woher weiß der Einfinder dieses? D. N.) und da muß doch dann ein anderer Ausweg gesucht werden. Da man auch sehr viel von Kollegen hört: „Wir wollen eine Kampforganisation sein und kein Unterstufungsverein“, so könnte man doch auf diesem Gebiete eine Aenderung treffen. Hier wäre es dann nur bei der Krankenunterstützung möglich, die Reise- und Arbeitslosenunterstützung müssen so bleiben wie dieselben jetzt sind. Da wir doch nicht eine direkte Zuschusskasse in Krankheitsfällen sind und nur etwas bei Krankheit unseren Mitgliedern geben wollen, so kann hier eine Aenderung getroffen werden. Da viele Kollegen einer Zuschusskasse angehören und 40-50 oder 60 Pf. wöchentlich bezahlen müssen, gibt es auch viele Kollegen, die in keiner Zuschusskasse sind und die Krankenunterstützung des Verbandes als Zuschusskasse ansehen. Da dieses der Fall ist, muß man auch soviel rechnen können, daß es mit unserem Beitrag jetzt und den Unterstufungen, die gezahlt werden, nicht so weiter gehen kann. Es wäre auch sehr gut, in dieser Weise eine Aenderung einzuführen, daß ein Kollege durch Krankheit nicht ausgekurtet werden kann, sondern nur durch Arbeitslosigkeit am Ort oder auf der Reise. Es müßte hier eine kleinere Summe aus Krankheit nur ausgezahlt werden und das übrige bleibt stehen. Es kommt vor, daß Kollegen durch Krankheit arbeitslos werden und dann keine Unterstufung mehr erhalten, weil sie durch Krankheit ausgekurtet sind. Würde nun das der Fall sein, daß die Summe bei Krankheit kleiner ist, so kann er noch etwas bekommen und wenn es auch bloß 2 oder 3 Wochen noch sind, so ist er nach seiner Krankheit nicht gleich ohne jede Unterstufung. Auch kommen viele Kollegen nach ihrer Krankheit auf der Arbeitsstelle wieder an, und da würde eben in solchen Fällen unserer Kasse ein Teil gespart bleiben. Diese Einrichtung wäre wohl für unseren Verband was neues, aber es gibt Verbände, wo die Einrichtung besteht, daß durch Krankheit ein Mitglied nicht ganz ausgekurtet werden kann. Nach unseren jetzigen Unterstufungen könnte es vielleicht in dieser Weise eingerichtet werden:

Männliche Mitglieder:

		bleibt bestehen	
52 Beiträge	20 Tg. à 50 Pf.	12.-	bis 18.-
104 "	28 " à 75 "	21.-	" 21.- "
150 "	30 " à 75 "	27.-	" 27.- "
200 "	30 " à 1 Mk.	30.-	" 30.- "

Weibliche Mitglieder:

		bleibt bestehen	
52 Beiträge	20 Tg. à 50 Pf.	10.-	bis 10.-
104 "	30 " à 50 "	15.-	" 15.- "
150 "	40 " à 50 "	20.-	" 20.- "
200 "	50 " à 50 "	25.-	" 25.- "

Was nun hier angeführt ist, so muß man sich fragen, ist es möglich, eine höhere Unterstufung herabzusetzen, ohne daß die Mitglieder sich dagegen verhalten werden? Das wird wohl nicht der Fall sein, denn ich bin der Auffassung, daß auch hierüber sehr viele der Meinung sein werden, es geht eben nicht. Aber man muß sich sagen, will ich nicht mehr bezahlen, so muß ich das andere lassen und nicht soviel Unterstufungen verlangen, denn bei der Krankenunterstützung ist auf der Generalversammlung 1903 der Fehler gemacht worden, wo dieselbe eingeführt worden ist und bei dem niedrigen Beitrag, den wir zahlen, kostet die Krankenunterstützung mehr Geld als die Arbeitslosenunterstützung, am

ert. Es ist nicht leicht, den Betrag zu erhöhen oder die Unterstützung zu kürzen.

Gleichzeitig möchte ich mal eine Frage aufwerfen, welche auf der Generalversammlung mit getheilt werden könnte, wenn über Tarife konferiert werden sollte. Wir haben die gegenseitige Einwirkung bei Abschluß von Tarifen oder auch wo Lohnforderungen gestellt werden, daß die Arbeitszeit erst auf 7 Stunden herabgesetzt wird, ehe Kollegen entlassen werden. Diese Forderung, wenn man dieselbe bloß so liest, ist sehr schön, aber wer es jedes Jahr durchmachen muß, dem bekommt es schlecht, zumal, wenn sich die Verzögerung auf 2-7 Monate im Jahr ausdehnt. Ob das auf die Dauer gut ist und die Kollegen jedes Jahr das ertragen können oder wollen, ist auch eine Frage. Bei dieser Zeit, welche hier angegeben ist, ist nicht etwa anzunehmen, daß es Jahre der Krise gewesen sind. Auf Grund dieses möchte ich eben eine Aussprache darüber haben; denn wenn die Arbeitszeit auf so lange Zeit verkürzt wird, bedeutet es für die Kollegen eine große Schwächung. Einige Wochen nimmt jeder Kollege dieses in Kauf. Es müßte da vielleicht eine Grenze gezogen werden, wie lange sich dieses ausdehnen kann, denn es gibt Fabrikanten, die sich das zunutze machen.

Leipzig.

C. Bd.

Die Wirkung der Preissteigerung auf die Kaufkraft der Lohneinkommen. (Schluß.)

Der Abfluß der Edelmetalle Spaniens in die Niederlande führt auch hier zum Sinken der Kaufkraft der Löhne. Ein Landarbeiter, sagt Vorhorn, vermag hier mit seinem Lohne von 20 Sous Ende des 17. Jahrhunderts kaum ein Drittel der Weizenmenge zu kaufen, die im Jahre 1495 4 Sous kostete. Um der Teuerung zu steuern, preißt der Staat zu dem Mittel der gesetzlichen Regelung des Geldwerts. Er verbietet die Agiotage und gibt besonders Teuerungsgeld (s. B. 1698 Kleinarten mit dem Stadtsiegel Amsterdams) aus. Mit diesen kaufen sich die Privaten Brot zu obrigkeitlich festgesetzten Preisen.

In England stehen noch in der Periode 1583 bis 1622 die Löhne der Gesellen unter dem Unterhaltsbedarf; sie hungern in manchen Jahren. Von 1623-1682 erreichen sie den knappen Subsistenzbedarf. Sie überschreiten ihn von 1663-1702 um ein wenig. Woher rührt diese Besserung? Man darf sie völlig auf die Reduktion der großen agrar-technischen Fortschritte setzen, die von den flandrischen Lehrmeistern Englands seit Mitte des 17. Jahrhunderts angebahnt und unter dem Einflusse der naturwissenschaftlichen Einsicht gesteigert wurden. Noch im August 1661 schreibt Samuel Hartlib: „Obwohl der Landwirt in den letzten Jahren hart und fleißig erwerbstätig war, waren doch unsere Ernten gering; sein Vieh starb dahin und Rot und Hunger hatte alle Landesteile ergriffen; wären wir nicht vom Auslande versorgt worden, so hätten wir alle Tiere dieser Insel zu unserer Subsistenz aufzehren müssen, und wären doch nicht satt geworden, es sei denn, wir hätten uns gegenseitig aufgekröhen.“ Dieser Tiefstand der Versorgung mit Lebensmitteln weicht schon zu Ende des 17. Jahrhunderts einer Ueberfluthungswirtschaft, die von den Grundbesitzern zur Erlangung der Ausfuhrprämie von 1673 und jener von 1689 ausgenutzt wird. Diese Liebesgabe, die für die Bewilligung der Grundsteuer entrichtet werden mußte, brach mit der überlieferten Politik der Ausfuhrverbote, an der auf dem Festlande, vor allem in Frankreich, festgehalten wurde. Zeitweilig litten zwar die arbeitenden Klassen unter der Misere der Münzverschlechterung. Das Sinken des Zinsfußes und der Getreidepreise führte aber zu stärkerer Arbeitsnachfrage und steigerte bis zum letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in England den Reallohn weit über jenen der festländischen Rivalen. An den Grenzen zwischen englischer und französischer Agrar- und Zollpolitik, die für die Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages und der Lebenshaltung der Arbeiter verantwortlich gemacht wurde, knüpft nun in Frankreich bekanntlich der Kampf der physikalischen Schule an; sie erblickt in der künstlichen Erniedrigung der Getreidepreise, in der Absicht, der sterilen Industrie billige Arbeitskräfte zu verschaffen, die letzte Ursache der sinkenden Kauf- und Steuerkraft und verlangt die Beseitigung der Getreideausfuhrverbote. Kurz nachdem die Regierung im Jahre 1764 diesem Drängen nachgegeben, führte die Landflucht in die Städte und eine Wirtschaftskrise seit Ende 1788 dazu, daß, wie ein Dekret sich ausdrückt, „die Getreidepreise den Tagelohn überstiegen, der keine entsprechende Zunahme erfahren hat.“ Der Intendant der Bourgogne schreibt 1771, daß die Landwirte die Tagelöhner nicht mehr in Naturalien zahlten, sondern sie zwingen, Geldlöhne anzunehmen und dabei jeden ihnen beliebigen Preis

anzudehnen. Viele Familien kommen so an den Bettelstab. In Wirklichkeit hatte seit 1765 auch in England eine Teuerungsepoche eingesetzt, die in fünf Jahren die Mehrausfuhr in eine Mehreinfuhr von Weizen verwandelt. Eine Reihe von Wägerten leitete die Teuerung ein; es kommt 1767 und in den Folgejahren in England zu Teuerungstumulten. Die Teuerung wird in Frankreich politisch im Revolutionskrieg von 1775 gegen Turgot ausgenutzt, und führte schließlich zum Zuge nach Versailles. Sie nimmt mit der Revolution kein Ende, verschärft sich während der napoleonischen Kriege, führt 1808 und 1812 zu Teuerungsunruhen und weicht erst nach Waterloo einer Area sinkender Preise.

Aber auch in dieser Periode führen Wägjahre (1817 und 1819) zu Volksbewegungen, die gegen die 1815 erlassenen Getreideeinfuhrzölle Sturm laufen. Als aber unter dem Einflusse der industriellen und Transportumwälzung zunächst die Preise der Fabrikate (seit 1828), dann auch die Getreidepreise (seit 1832) sanken, erklärte in England eine Untersuchungskommission von 1833, es sei ein Trost zu sehen, daß der Lohn den ländlichen Arbeiter in den Stand setze, sich von den Gütern der Kultur einen größeren Anteil zu verschaffen. Gleichzeitig stellte man fest, daß Großbritannien in bezug auf seinen Weizenbedarf von fremden Ländern abhängig. Das beweisen die Wägerten von 1838-1839, vor allem die Kartoffelfäule seit 1844, die Viehseuche 1844 bis 1847 und die Weizenpreissteigerung von 1846; das beweisen Teuerungsurkunden 1842 in den britischen Fabrikbezirken. England suspendierte 1847 die Getreidezölle, Frankreich setzte sie herab; in Berlin bildeten Vortrümme die Vorboten der kommenden politischen Umwälzung. In England stieg die Arbeitsnachfrage; der Garnbedarf für „Nebenzüge für Eisenbahnarbeiter und Wäfen für Revolutionsmänner“ des Festlandes ist charakteristisch. Von Ende 1852 angefangen tritt aber eine so allgemeine starke Preissteigerung trotz guter Ernten ein, daß ihre Erklärung vor allem in dem Einströmen des australischen und kalifornischen Goldes erblickt wird. Der erste organisierte Massenstreik der Textilindustrie, in dem die Forderung nach Tarifverträgen erhoben wird, jener von Preston 1853, geht zum Teil auf jene Teuerungerscheinung zurück. In Brüssel verlangte 1853 der Bürgermeister Le Trouwère die Festsetzung von Mindestlöhnen bei der Vergabung städtischer Arbeiten. In Frankreich kündigte Napoleon III. am 20. März 1854 die Gründung einer Cassé de la Boulangerie an, die in teureren Jahren unter, dafür in billigen Jahren über dem Wasserpreise den Brotverkauf betreiben sollte. Im Mai 1856 betrug ihr Defizit über 50 Millionen Frank. Die Geldlöhne stiegen in den sechs Jahren 1851 bis 1856 um 15 bis 20 Proz.

Der Verlauf dieser Preissteigerung hat eingehende Beobachtung durch Lavoisier, Goetheer, Cairnes, dann durch Stanley Jevons erfahren. Hatte noch Newman den preissteigernden Einfluß der neuen Goldfunde bestritten, so gelang es Cairnes ihn nicht bloß statistisch nachzuweisen, sondern er versuchte auch deduktiv den Gang der Verteuerung voranzuführen. Ihren Verlauf schildert er folgendermaßen: durch die erhöhte Goldausbeute vermögen die Golderzeugungsländer mehr zu kaufen, sie steigern die Nachfrage, und zwar zunächst der Lebensmittel, und zwar der schweren und langsamer reproduzierbaren animalischen stärker, der maschinell leicht reproduzierbaren Fabrikate am schwächsten; die so erhöhten Preise laden zur Mehrproduktion und daher zu härterer Nachfrage nach Arbeit. Erst nach der Preissteigerung steigen daher die Löhne in den Gebieten stärkerer Nachfrage. Ihnen wendet sich die Arbeiterschaft nun zu; daher steigen nun auch infolge sinkenden Arbeitsangebotes die Löhne in solchen Produktionszweigen, die bisher von der Preissteigerung verschont geblieben waren; in diesen folgt der durch die Lohnsteigerung bedingte Einschränkung der Produktion die Preissteigerung der Lohnsteigerung. Je nach der Verteilung dieser Industrien werden die Preise von Land zu Land sich verschieden gestalten; ebenso wird die Preissteigerung in Ländern mit ausgebildetem Kreditssystem am stärksten sein, da hier jede neue Goldföndung wieder die Grundlage neuer Kreditbildung bietet. Daher stärkste Preissteigerung zunächst in den Golderzeugungsländern, dann in den Ländern starken Schatzumlaufes (England, Amerika), am schwächsten in Ländern des reinen Barverkehrs, vor allem in Asien. Die einzigen, die infolge des Goldzuflusses gewinnen, sind die Golderzeugungsländer, die mit ihrem billigen Golde im Wege des Außenhandels sich auf Kosten der Einfuhrländer bereichern. Statt der übrigen Welt Wolle, Salz, Getreide und sonstige Nahrungsgüter zu senden, schicken sie ihr eine Menge schmerzlicher Kaufmittel, ihr Gold. Der einzige Vorteil ist die Auswanderung der Arbeiter in die Goldproduktionsländer und die Lohnsteigerung für den zurückbleibenden Teil.

Die Preisentwicklung, die von der Krise von 1857 eingeleitet, von jener von 1873 beschlossen wird, trägt das Gepräge der Gründerepoche: Abschwanken der Preise von 1858-1861, Steigen von 1862-1867, Depression 1868-1870, höchste Steigerung 1872 bis 1873. Ihr folgt dann ein, mit Ausnahme des Zeitraumes 1881-1891, gleichmäßiges Fallen der Preise, die im Jahre 1895 den Tiefpunkt der letzten 70 Jahre erreichen. Betrachtet man den ersten Zeitabschnitt 1857-1873, in dem sich auf dem Kontinent die rationelle Landwirtschaft entwickelt, der Eisenbahnbau sich verdoppelt, das erste transatlantische Kabel gelegt, der Suezkanal und die Pazifikbahn eröffnet werden, die britischen Gewerbetreibenden sich nach großen Ausständen im Textil-, Bau- und Maschinengewerbe ihre Rechtsstellung sichern, die englische Fabrikationsleistung von Textilbetrieben auf andere Industrien erstrahlt wird, kurz, in den die Vorbereitungen der großen Kapitalkonzentration fallen, so läßt dies von vornherein eine starke Arbeiternachfrage, ein starkes Steigen der Geldlöhne erwarten. Aber erst von 1871 angefangen haben die Geldlöhne der meisten Arbeiterkategorien eine dauernde Steigerung erfahren. Von 1857-1860 sinken in England in allen Industrien außer im Baugewerbe und der Textilindustrie die Löhne; werden jene von 1900 gleich 100 gesetzt, so beträgt der Stand von 1860: 64, 1866: 74, 1871: 77, 1874: 87. Die Kaufkraft der Löhne stellen dann die Ziffern (1900 = 100): 61, 66, 68, 77 vor. Wie ersichtlich, sind die Preise der Lohnsteigerung stark vorgeeilt, und eine drückende Not entwickelte sich zu Ende jener Zeit inmitten des leicht gewonnenen Ueberflusses. Nur durch Einfuhr australischen Fleisches vermochte England seine Industriebezirke vor einer an Hungergrenzen grenzenden Teuerung zu bewahren. Im Jahre 1872 suchte der Bürgermeister von Newcastle die Bevölkerung durch die Erklärung zu beschwichtigen, daß die reichsten Leute seines Bezirkes zweimal wöchentlich australisches Fleisch verzehrten und es dem heimischen vorzögen. Die Bevölkerung war nur schwer zur Aenderung ihrer Lebensgewohnheiten zu bewegen.

Die Lücke in der Versorgung der städtischen Bevölkerung wurde im 1875 durch überseeische Weizenzufuhren so reichlich gedeckt, daß auf dem europäischen Festlande eine landwirtschaftliche Krise ausbrach, die der gewerblichen und finanziellen sich angeschlossen. Der ersten Depressionsperiode (1874 bis 1878) folgt ein kurzer Aufschwung (1879-1882) in allen Ländern; in Oesterreich und in Deutschen Reich fällt die Umkehr zum Schuldsystem in diesen Zeitraum. Die Einführung der Goldwährung wird vollendet; das demonetisierte Silber fließt nach Ostasien ab. Hier steigen die Preise bis zur Einstellung der Silberprägungen in Indien 1893. Eine neue Depressionsperiode bricht 1893-1897 aus. So wucherte für die Arbeiterklasse ein Zeitraum der Fleischn- und Brotpreissteigerung und Wohnungsnot mit einem solchen der Erwerbslosigkeit. Aus der durch die soziale Bewegung vermittelten Erkenntnis dieser Stimmung des „Sinken und Bergeworfenseins auf der Landstraße des Lebens“ erwuchsen die deutschen Versicherungsvereine, der Kampf der Berufsvereine um das Koalitionsrecht, der Sozialreformer um den Arbeiterschutz. Bei sinkenden Preisen und trotz vielfach sinkender Beschäftigung schwanten in England

1870-74 75-79 80-84 85-89 90-94

stiegen jedoch die Reallohn wie	78	80	77	79	87
steigen jedoch die Reallohn wie	69	75	78	86	92

und es wird auf dem Festlande und in den Vereinigten Staaten allgemeiner seit 1891 die Arbeitszeit gekürzt. Insofern nun das Sinken der Preise vor allem von 1890-1895 zur Konzentration der Betriebe führte, schuf die Betriebsentwicklung selbst die Grundlage einer organisatorisch beeinflussten Lohnbildung. Allerdings kam auch der preissteigernde Einfluß dieser Konzentration bald nach ihrer Konsolidierung zum Ausdruck.

Es ist hier daran zu erinnern, daß in der Epoche nach dem Jahre 1896 eine neuerliche Steigerung der Agrarzölle auf dem Festlande fällt, die weder in Deutschland noch in Oesterreich zu einer Erweiterung der Ackerfläche oder zu einer mit dem Bedarfe Schritt haltenden Vermehrung des Viehstandes führte; daß gleichzeitig die Zahl der von der Landwirtschaft zu ernährenden Personen gewaltig ansteigt. — In die Vereinigten Staaten allein wanderten vom Juli 1899 bis Juni 1910: 9244 000 Personen, hiervon 1285 000 im Jahre 1907, gegen 18 650 000 Einwanderer von 1820 bis 1899. Dieser Auswanderung, die vor allem den Städten sich zuwendet, steht in gleichen Zeiträumen eine weit geringere Quote auswandernder Landwirte (nach Argentinien: 1901-1910: 1120 000) gegenüber. Endlich hat die Erschließung Ostasiens, der Bau der ostindischen, mittelasiatischen und der argentinischen Eisenbahnen Millionen Händel der Bodenkultur entzogen und eine neue Nachfrage nach Schienen, Trägern usw. hervorgerufen. Der enorme Zuwachs, den daher vor allem die Holzindustrie

\*) Siehe Nr. 10 der „S. u. P.-Ztg.“

der schwereren Industrien erlaubt, war nicht in allen Industrien und entsprechenden Lohnsteigerungen verbunden. So sank im preussischen Steinkohlenbergbau der Jahresverdienst pro Arbeiter in den Jahren von 1907 auf 1910 von 1380 auf 1341, 1233, 1248 M. Diese Erfindung ergab sich im britischen Bergbau; das gleichzeitige Steigen der Preise führte wiederum zu den großen Lohnbewegungen auch des englischen Transportarbeiterpersonals.

Aber auch der agrarischen Bevölkerung gereicht die Preissteigerung von Futter und Viehwirtschaft, der Uebertragung zur Milchviehwirtschaft nicht zum Vorteil. Eine Erhebung der deutschen Zentralstelle für Volkswirtschaft weist nach, daß dieser Uebergang zwar einzelnen Bauernfamilien größere Einkünfte verschaffe, aber ihnen eine der wichtigsten Quellen der Nahrungsmittel, die Milch, entziehe. „Der Bier- und Branntweinergewinn nimmt auf dem Lande von Jahr zu Jahr zu; selbst Kinder im zarten Alter erhalten Vollkorn.“ Das Sinken der Vorkriegsgeburt ist die Folge.

In der Heimarbeit sank im letzten Jahrzehnt sogar ziemlich allgemein der Lohnsatz; aber auch ein beträchtlicher Bruchteil der Arbeiter muß bei steigenden Preisen als unterernährt betrachtet werden. Da nun diese Unterernährung in einer Steigerung der Krankheitsziffern, der Schwächung der heranwachsenden Generation und damit auch der Produktion zum Ausdruck gelangen muß, unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Unterjochung aller Möglichkeiten geboten ist, um die Anpassung der Produktion an den Verbrauch zu erwirken. Alle diejenigen, die in den letzten Jahren Erhebungen über den Verbrauch der Arbeiterfamilien gepflogen haben und in direkten Kontakt mit diesen getreten sind, kennen den schweren Kummer, den jede Aufwindung eines Preisausfalls hier hervorrief. Es sind nun keineswegs unabänderliche Naturgesetze, die so bedeutende Unterschiede in den Detailpreisen diktiert, wie sie die folgende Tabelle wiedergibt.

Werden die Detailpreise von Oktober 1905 in England und Wales gleich 100 gesetzt, so betragen sie für:

Industriezweig in	England	Wales	Belgien (Juni 1908)	Deutschland (Febr. 1909)
Industriezweig in				
Deutschland	119	105	88	140
Frankreich	144	94	100	153
Belgien (Juni 1908)	150	98	92	107
Vereinigten Staaten (Febr. 1909)	144	126	233	189
Wahrsch. Schweinefleisch				
Deutschland	75	122	187	123
Frankreich	115	109	131	116
Belgien (Juni 08)	94	96	110	106
Verein. Staaten (Febr. 1909)	129	104	116	81

Wird das Nahrungsbudget englischer Arbeiter in die Preisliste solcher gleichen Waren im Auslande übertragen und dieses gleich 100 gesetzt, so wäre es in Belgien 102, in Deutschland und Frankreich 118, in den Vereinigten Staaten 138. Allerdings verhalten sich hier die Einnahmen zu jenen des englischen Arbeiters wie 230:100. Die Billigkeit von Rindfleisch, Milch, Butter, Getreide in Belgien entspricht einerseits dem Mangel der freien, nur durch mühsame Fahrzölle belasteten Einfuhr, andererseits der intensiven rationalen Viehzucht. Daß billige Preise kein Äquivalent bieten für noch niedrigere Löhne, ist unbestritten. Aber dieselbe Agrarpolitik hat in Dänemark bei bedeutend höheren Löhnen zu starkem Vielexport geführt.

Nur eine internationale Untersuchung vermöchte endlich Klarheit zu schaffen, in welchem Maße die Organisation der Konsumvereine in England, Belgien, Dänemark, Italien, der Schweiz auf die lokalen Detailpreise einen mächtigen Einfluß ausgeübt hat. Zurzeit sind diese Fragen ungelöst.

### Was jeder Gewerkschaftler von der Reichsverfassung wissen sollte.

Die Erneuerung des Reichstags läßt es angebracht erscheinen, staatsbürgerliche Erziehung zu treiben. Damit ist es im allgemeinen sehr schlecht bestellt. Nicht etwa, daß nur die nichts (im großen ganzen) von der Verfassung des Deutschen Reiches wissen, die die Volksschule besucht haben. Unter Kennern ist es kein Geheimnis, daß auch die Schüler höherer Lehranstalten, ja sogar viele Universitätsbesucher sozusagen keinen Dunst von der Reichsverfassung haben. Wer etwa zu widersprechen wagte, dem sei gesagt, daß nach Zeitungsmeldungen Stichproben vorgenommen wurden und die haben zu dem genannten Ergebnis geführt. Daß man die Verfassung seines Staates kennen muß, dürfte nicht bestritten werden.

Als gesetzgebende Faktoren kommen in Betracht: Bundesrat und Reichstag. Klipp und klar heißt es in dem Artikel 5 der Reichsverfassung: „Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag. Die Uebereinstimmung der

Rechtsentscheidungen beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetz erforderlich und ausreichend. Der deutsche Kaiser hat demnach nicht etwa das Recht, Einsprache gegen ein vom Bundesrat und Reichstag beschlossenes Gesetz zu erheben. Dient ist also der deutsche Kaiser nicht zur Erhaltung von Gesetzen berufen. In den folgenden Ausführungen zeigt sich aber, daß er indirekt eine gewaltige Macht innehat. Der Bundesrat ist das Organ der verbündeten Regierungen; in ihm haben die Vertreter der 25 zum Deutschen Reich vereinigten Staaten Sitz und Stimme. Bei der Begründung des Deutschen Reiches haben die einzelnen deutschen Staaten zugunsten der Reichsgewalt auf nicht unerhebliche Teile ihrer Souveränitätsrechte verzichtet müssen, um hierfür den deutschen Staaten einen Ertrag durch Teilnahme an der Regierungsgewalt des Reiches zu bieten, ist der Bundesrat geschaffen worden. Nach dem Artikel 6 der Reichsverfassung besteht der Bundesrat aus den Vertretern der Mitglieder des Bundes, unter denen die Stimmführung sich in der Weise verteilt, daß Preußen mit den ehemaligen Stimmen von Hannover, Kurhessen, Holsheim, Nassau und Frankfurt 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2 Stimmen, die übrigen Bundesstaaten und die drei freien Reichsstädte je 1 Stimme führen. Zusammen macht dies 58 Stimmen.\* Wenn also Preußen im Bundesrat eine Mehrheit bilden will, muß es zu seinen 18 Stimmen noch 12 Stimmen anderer Bundesstaaten hinzubekommen.

Anderer liegen die Dinge, wenn es sich um eine Aenderung der Verfassung handelt. Eine solche gilt als abgelehnt, wenn 14 Stimmen im Bundesrat gegen sie stimmen. Daraus folgt, daß ohne die Zustimmung Preußens (da es 18 Stimmen hat) keine Verfassungsänderung erfolgen kann.

Handelt es sich um Vorarbeiten der Reichsverfassung, durch die bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältnis zur Gesamtheit festgelegt sind, so können Abänderungen nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates getroffen werden. Also die Reichsverfassung Bayerns, Württembergs und der anderen Bundesstaaten können nur mit der Einwilligung der betreffenden Staaten aufgehoben werden, nicht aber durch Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags und des Bundesrats.

Den Vorsitz im Bundesrat und die Geschäfte der Leitung führt der Reichskanzler, der vom Kaiser ernannt wird. Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied durch jährliche Substitution (Einführung) vertreten lassen. Die Abstimmung im Bundesrat erfolgt in der Weise, daß jeder Bundesstaat geschlossen seine Stimme abgibt. Von den 18 Stimmen Preußens können also nicht 5 gegen eine Vorlage und 13 dafür stimmen, sondern die 18 preussischen Stimmen müssen geschlossen für oder gegen eine Vorlage abgegeben werden. Dasselbe gilt für alle die Bundesstaaten, die mehr als eine Stimme haben; darin (in der geschlossenen Abstimmung) liegt der Unterschied zwischen den ersten Kammern und dem Bundesrat. In der ersten Kammer kann jedes Mitglied seine Stimme nach seinem freien Ermessen abgeben, im Bundesrat aber sind die Mitglieder eines Bundesstaates an die Instruktion ihrer Regierung gebunden.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die preussische Präsidialstimme, so daß also dann bei den 29 Stimmen die Mehrheit ist, bei denen die Stimmen von Preußen sind. Wenn es sich jedoch um das Militärwesen, die Kriegsmarine und die Zollgesetzgebung und ähnliches handelt und Preußen sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Vorschriften über Entscheidung ausspricht, so kann keine Aenderung getroffen werden, auch dann nicht, wenn etwa 2/3 der Stimmen für eine Aenderung vorhanden sind. Betrachtet man diese Einschränkung und die Bestimmung, daß eine Verfassungsänderung im Bundesrat als abgelehnt gilt, wenn 14 Stimmen gegen sie abgegeben werden, so wird man mit Recht behaupten können, daß Preußen trotz seiner geringen Stimmenzahl doch das tatsächliche Uebergewicht besitzt.

Im einzelnen hat der Bundesrat weitgehende Befugnisse. Er nimmt sowohl teil an der Gesetzgebung als auch an der Verwaltung. Alle Gesetze, die an den Reichstag gehen oder von ihm beschlossen werden, sind vom Bundesrat zu genehmigen. Jede Landesregierung kann im Bundesrate Reichsgesetze in Vorschlag bringen. Das wichtigste Gesetz, das der Bundesrat alle Jahre zu beschließen hat, ist der Reichshaushaltsetat, der nach der Feststellung durch den Bundesrat dem Reichstag zur Genehmigung zugeht. Die Beteiligung des Bundesrates an der Verwaltung besteht hauptsächlich darin, daß er die zur Ausführung der Reichsgesetze und der nach Bestimmungen der Reichsverfassung erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und -einrichtungen

\* Dazu kommen die neuerdings den Elsaß-Lothringern bewilligten Stimmen.

anordnet. Ein besonderes Recht der Bundesratsmitglieder besteht darin, daß sie im Reichstag erscheinen können und da auf Verlangen jederzeit gehört werden müssen, um die Ansichten ihrer Regierungen zu vertreten. Diese Bestimmung hat auch dann Gültigkeit, wenn die betreffenden Bundesratsmitglieder bei der Abstimmung im Bundesrat in der Minderheit waren.

Das Präsidium des Bundes steht dem König von Preußen zu, der den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Recht völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beurlauben und zu empfangen, zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich. Erfolgt aber ein Angriff auf das Bundesgebiet und dessen Küsten, so kann der Kaiser ohne weiteres den Krieg begreifen. Also zu einem Offensiv-(Angriffs-)Krieg ist der Kaiser an die Zustimmung des Bundesrates gebunden, dagegen kann er bei einem Defensiv-Verteidigungskrieg von sich allein aus verfügen. Von den anderen Rechten ist besonders das hervorzuheben, daß er den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen und zu schließen hat. Dem Kaiser kommt es ferner zu, die Reichsgesetze auszufertigen, zu verkündigen und ihre Ausführung zu überwachen. Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenseignung des Reichskanzlers, der dadurch die Verantwortung übernimmt. Zur Auflösung des Reichstags ist ein Beschluß des Bundesrats und die Zustimmung des Kaisers erforderlich.

Auch über die Befugnisse des Reichstags herrschen so manche Unklarheiten. Eine entscheidende Bestimmung lautet da: die Mitglieder des Reichstags sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden. Einem Abgeordneten kann man also nicht das mindeste anhaben, wenn er entgegen dem Versprechen, das er etwa seinen Wählern gegeben hat, im Reichstag abstimmt. Im Vergleich mit den anderen Bürgern nehmen die Mitglieder des Reichstags, gleich denen der beiden Kammern in Preußen, eine gewisse bevorzugte Stellung ein. Es darf nämlich während der Sitzungsperiode kein Mitglied verhaftet werden, außer auf frischer Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages. Ferner wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied und jede Untersuchungs- und Justizhaft für die Dauer der Sitzungsperiode auf Verlangen des Hauses aufgehoben. Sehr wichtig ist auch, daß kein Volksovertreter wegen seiner Abstimmungen und Reden gerichtlich, disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden kann.

Nach dem Artikel 32 dürfen die Mitglieder des Reichstages keine Verdäufung oder Entschädigung beziehen. Diese Bestimmung wirkte so, daß das Haus oft beschlußunfähig war. Um dem entgegenzuwirken, wurde durch Gesetz vom 21. Mai 1906 angeordnet, daß die Mitglieder des Reichstags eine jährliche Aufwandsentschädigung von 3000 M. erhalten. Es werden jedoch an dieser Summe für jeden Tag, an dem ein Abgeordneter bei Plenarsitzungen (an Tagen, an denen abgestimmt wird) 20 M. in Abzug gebracht. Außerdem haben die Reichstagsmitglieder freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen für die Dauer der Sitzungsperiode und je 8 Tage vor deren Beginn und deren Schluß.

Die Verhandlungen des Reichstags sind öffentlich. Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstags bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei. Innerhalb der Zuständigkeit des Reichs hat der Reichstag das Recht, Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrat oder dem Reichskanzler zu überweisen. Der jährlich aufzunehmende Reichshaushaltsetat unterliegt der Genehmigung des Reichstags. Ebenso bedarf die Aufnahme von Garantien zu Lasten des Reichs seiner Zustimmung, wie ihm überhaupt die Beaufichtigung des Reichsschuldenwesens zusteht. Bei den äußeren Angelegenheiten hat der Reichstag insofern mitzuwirken, als Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände beziehen, die dem Reichstag unterstehen, zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Reichstags bedürfen. So sind die Handelsverträge mit fremden Staaten vom Reichstag zu genehmigen, weil das Zoll- und Handelswesen zur Ständigkeit des Reichs gehört.

Im ganzen beträgt die Zahl der Reichstagsabgeordneten 397. Als man diese Zahl festsetzte, nahm man an, daß auf durchschnittlich 100 000 Einwohner ein Abgeordneter kommen sollte. Eine gesetzliche Regelung, die im Wahlgesetz vorgegeben war, ist bis heute nicht erfolgt, obwohl Deutschland von 41 Millionen Einwohnern im Jahre 1871 auf etwa 64 Millionen im Jahre 1910 angewachsen war.

Von Bedeutung ist, daß Beamte zum Eintritt in den Reichstag keines Urlaubs bedürfen. Diese Bestimmung ist schon so gebietet worden, daß ein Beamter, der dem Reichstag angehört, nicht verpflichtet sei, in den Reichstagsferien seinen Dienst wieder anzunehmen. Als Begründung für dieses Verhalten wurde angeführt, daß ein Reichstagsabgeordneter die Ferien zum Studium neuer Vorlagen notwendig hätte.

Vor allem aber sei hervorzuheben: „Reichsrecht bricht Landesrecht.“ Die genaue Fassung dieses Grundgesetzes lautet: Innerhalb des Bundesgebietes übt das Reich das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen. „Die Reichsgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft durch ihre Verkündung von Reichs wegen, die durch ein Reichsgesetzblatt geschieht. Sofern nicht in dem publizierten Gesetz ein anderer Anfangstermin seine verbindliche Kraft bestimmt, beginnt diese mit dem 14. Tage nach Ablauf des Tages, an dem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes in Berlin ausgegeben worden ist.“

Ein Rückblick über unsere Ausführungen ergibt, daß der Artikel 5 nicht die Bedeutung hat, wie es auf den ersten Blick erscheint. Ohne Preußen kann keine Verfassungsänderung vorgenommen werden, ohne seine Einwilligung darf nichts an dem bestehenden Zustand des Militärwesens, der Kriegsmarine, Zollgesetzgebung usw. vorgenommen werden. Da es der deutsche Kaiser in der Hand hat, die preußischen Stimmen zu instruieren, nach seinem Gutdünken abstimmen zu lassen, so kann man wohl mit Recht sagen: Obwohl er sozusagen aus der direkten Reichsgesetzgebung ausgeschlossen ist, hat er doch einen gewaltigen Einfluß auf die Reichsgesetzgebung (indirekt). In den meisten Fällen vertritt er die Preußen, auch in anderen Fragen seinen Willen durchzusetzen. Seine Vormachtstellung kann als unbezweifelbar gelten, trotz seiner verhältnismäßig geringen Stimmenzahl.

### Teuerung und Lebensmittel.

Dem soeben erschienenen Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin entnehmen wir die folgenden Ausführungen:

Neben den politischen Verhältnissen war es vornehmlich die Lebensmittelteuerung, deren wichtiger Einfluß in den Wirtschaftsleben erkennbar hervortrat. Daß die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Rohstoffe den verarbeitenden Gewerben Schwierigkeiten schuf, daß ferner die Lebensmittelteuerung das Hauptargument für die Erhöhung der Arbeitslöhne abgab, ist schon erwähnt worden. Hier soll zur weiteren Klärung der Teuerungsverhältnisse darauf hingewiesen werden, daß die Voraussetzungen, die dem Konsum auf dem Gebiete des Rohstoffwesens erwachsen, eine Verschiebung oder Einschränkung der Bedarfsbefriedigung auf anderen Gebieten hervorrief.

Es liegt in der Natur der Sache, daß, wenn die Verbrauchsgegenstände, die unentbehrlich sind, teurer werden, der Absatz der mehr entbehrlichen Waren von dem Vorgange mitberührt wird. Ebenso natürlich ist es, daß die Einwirkung verschieden ausfällt, je nachdem es sich um kaufkräftige oder weniger bemittelte Schichten von Konsumenten handelt. Daß der kaufkräftige Teil der Bevölkerung in merklichem Umfange seine Nachfrage nach Luxusartikeln einschränkte, war im Berichtsjahre nicht zu beobachten; indes darf angenommen werden, daß die Vorliebe für bessere Qualitäten, die — zum Nutzen des gesamten Geschäftsverkehrs — in den letzten Jahren sich fast überall bemerkbar gemacht hatte, angesichts der höheren Kosten der Lebenshaltung eine Abschwächung erfahren hat. Der analoge Vorgang — Abstieg von der besseren Ware zur billigeren Sorte, Vorkaufung des Surrogats an Stelle der echten Ware — trat stärker in den Oepflogenheiten der breiten Masse der Konsumenten hervor, und hier auch war die stärkere Form der Einwirkung der Teuerung, die quantitative Einschränkung der Nachfrage für manche Gewerbe fühlbar. In erster Linie trat dies für Zweige des Textilgewerbes zu. Während die Konfektions- und Wäschegeäfte, jenseit deren Kundenschaft sich aus den bemittelten Volksklassen rekrutiert, über geringen Absatz nicht zu klagen hatten, nahm der Verkauf, soweit er sich auf Massenartikel richtete, im letzten Halbjahre, als die Preise der Lebensmittel in die Höhe schwebten, einen recht schleppenden Verlauf. In anderen Branchen ging es ähnlich zu; wir nennen den Kolonialwarenhandel, das Geschäft in Eisen-, Kurzwaren, den Möbelhandel, das Geschäft in Schuhwaren usw.; überall waren die Spuren der Lebensmittelteuerung zu verfolgen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Umwälzung fast des gesamten Detailhandels von der Lebensmittelteuerung ungünstig beeinflusst wurden.

In der öffentlichen Diskussion ist die Angelegenheit der Teuerung in verschiedener Art beurteilt

worden. Sowohl über den Grad, als auch über die Ursache der Teuerung hat man Ansichten geäußert. Die nicht in Uebereinstimmung zu bringen sind. Wir beschränken uns bei der Besprechung der Frage auf wenige Bemerkungen.

Was den Grad der Teuerung anbelangt, so haben wir uns über die Preissteigerung, die am Rohstoffmarkt zu beobachten war, bereits oben geäußert. Zur Ergänzung des Bildes seien noch für einige Artikel, die Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs sind, die Preise der Jahre 1910 und 1911 in Vergleich gestellt. Wir unterziehen dabei nur die Verhältnisse des zweiten Halbjahres 1911 einer Betrachtung, da in diesem Zeitraum die Verjärfung der Situation sich am deutlichsten befandete.

Es wurden begabt für

	im August d. Jahr 1910	im August 1911	im Septbr. des Jahres 1911	im Oktober	im Novbr.
Starkstrohm (p. Ton.)	40,-	81,-	66,67	68,33	70,-
Hoggenmehl	18,70	22,48	22,05	22,25	21,60
Butter	231,11	263,33	274,81	266,66	283,66
Kaffineien zuder	60,75	49,25	55,75	57,13	55,50
Kaffee	93,-	127,75	136,60	148,75	168,50
Kaffee	99,-	124,-	120,-	130,-	115,-
Reis	22,-	24,25	26,48	28,50	27,25

Die vorstehenden Ziffern, die amtlicher Feststellung entnommen, gelten für die Preise, welche im Großvertrieb begabt wurden. Sie lassen erkennen, daß im zweiten Halbjahre 1911 ein Zustand herrschte, den man mit dem Worte Teuerung belegen kann. Daß die Notierungen für Schlachtvieh, von Schweinepreisen abgesehen, gleichfalls sehr hoch waren, ist an anderer Stelle bereits gesagt worden.

### Ist eine Gaukonferenz für den Gau Hamburg notwendig?

Dem Kollegen Guldner zur Antwort. Weil die vieler Kollegen gegen die geplante Beitragserhöhung gewesen sind (erkenntlicherweise haben sich die vieler Kollegen bekehren lassen, D. N.), hoffen dieselben auf der Gaukonferenz nicht den Ganangelegenheiten auch gleich die Stimmung der einzelnen Filialen, für oder gegen eine Beitragserhöhung, zu erforschen. Der Ruf wurde nur stärker, als Kollege Guldner uns die Mitteilung machte, daß eine Gaukonferenz nicht stattfinden soll.

Nun meine persönliche Angelegenheit, die Abänderung der Gaustatuten, nämlich eine Reise nach Plön unter Gauvorstand nicht genehmigt hätte, wenn er, wie es eigentlich sein sollte, erst davon in Kenntnis gesetzt werden soll, natürlich nach dem § 6 des Gaustatuts von 1906. Dieses Statut von 1906 kenne ich nicht und arbeite ich auch nach dem Statut von 1910. Der § 3 desselben sagt: „Ausgaben über 5 Mk. bedürfen der Zustimmung der Gauleitung.“ Diese Reise des Kollegen Urban kostet aber nur 2 Mk. Bahngeld ohne Spesen. Folgedessen hatten wir gar nicht nötig, die Gauleitung davon in Kenntnis zu setzen laut Statut. Die Reise des Kollegen Urban hätte sich schon längst wiederholen müssen, und ich halte dieselbe für zweckmäßiger, als die beiden Reisen des Gauvorstandes nach Kiel. Zum Mißverständnis hat unser Redakteur aus dem Wort „droffeln“ erdroffeln gemacht und verstehe ich unter dem Worte droffeln ebensoviel wie bremsen oder hemmen. Und kann dieses Hemmen denn trasser zum Ausdruck kommen als in dem Verbot, eine Reise nach Plön zu unternehmen? Ich glaube, dieses eine Verbot sollte genügen. Wollen die Untergaukommissionen arbeiten, so werden sie immer mit dem Gaustatut auf dem Kriegsfuß stehen müssen, oder sie erhalten die nötigen Ratensrüber vom Gauleiter. Daher die große Antipathie gegen diese Einrichtung bei den Kollegen — und ich glaube nicht allein in Kiel — besteht. Persönlich bin ich für die Gaukonferenz deshalb eingetreten, weil ich glaubte, durch Abänderung der Statuten eine klare einfache und freiere Bewegung zu erreichen, ohne daß wir jedesmal erst fragen müssen: „Dürfen wir nach Preß? dürfen wir nach Plön fahren?“

Ich habe das Schreiben der Kostoder Kollegen nicht zur Stelle. Sobiel ich aus dem Bericht noch weiß, hat sich Kostoder uns gegenüber nicht als Gegner, aber auch nicht als Befürworter einer Gaukonferenz erklärt. Ich, Kollege Guldner, füge mich gern der Mehrheit. Und wie aus Deinem Bericht ersichtlich, ist die Mehrzahl der Filialen im Gau gegen eine Konferenz. Es gefällt mir sogar der märtliche Bericht von Kostoder so sehr, daß ich denselben sogar ganz und gar anerkennen muß. Nämlich wörtlich: „Da die Gaukonferenz doch wenig Wert hat“, kann dieselbe unterbleiben. Die Mehrzahl der Filialen im Gau hat denn wohl auch die Werlosigkeit einer Gaukonferenz mit eingesehen und deshalb dagegen gestimmt. Für mich ist die Sache dadurch nun folgendermaßen erledigt. Fort mit der Gaukonferenz, denn dieselbe ist wertlos! Logischweise auch: „Fort mit dem Gau, denn dieser ist wertlos.“ F. Dehler.

### Die sechste Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Portfeuille- und Reiseartikelgewerbe

Am Donnerstag, den 14. März, in den Räumen des Berliner Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Herrn Magistratsrats v. Schulz hielt. Verhandelt wurde zunächst gegen die Firma A. Wollm, Unternummer 11. Die Firma Wollm unterhält in Werder 7, 8. einen Zweigbetrieb, in dem noch immer 77 Stunden pro Woche gearbeitet wird. Die tagliche Arbeitszeit beträgt dort 10 Stunden, nur am Samstagabend wird bloß 7 Stunden gearbeitet.

Kerner wird in diesem Betrieb ein Sattler beschäftigt, der nur 45 Pf. pro Stunde erhält. Da dieser Arbeiter sich im dritten Jahre nach beendeter Arbeitszeit befindet, so hat er Anspruch auf 50 Pf. pro Stunde.

Auf Grund dieses Sachverhalts beantragte der Vertreter unserer Organisation, Kollege Schulze, daß die Schlichtungskommission Herrn Wollm verurteilen möge, sofort die 33tündige Arbeitszeit einzuführen und ebenso dem fraglichen Arbeiter statt 45 Pf. sofort 50 Pf. pro Stunde zu zahlen.

Recht eigenartig waren die Einwände, die Herr Wollm dagegen erhob. Zunächst behauptete er, daß Werder nicht mehr zum Berliner Lohngebiet gehöre und daß er schon bei Abschluß des Vertrages bekannt habe, daß der neue Vertrag nicht für seinen Betrieb in Werder gelten solle. Der bezeichnende Einwand war aber der, daß er sich mit den Schlichtermeistern und Vätermeistern in Werder verabredet habe, daß keinerlei Arbeitszeitverfärfung von ihnen eingeführt würde, denn, wenn erst bei einem von ihnen eine kürzere Arbeitszeit eingeführt wäre, dann würden auch die übrigen Arbeiter unzufrieden und würden ebenfalls nach kürzerer Arbeitszeit streben.

Sind diese Einwände des Herrn Wollm noch zu verheben, wenigstens vom Standpunkt dieses Arbeitgebers aus, so ist es doch unbegreiflich, wie Herr Wollm, als Vertreter der Unternnehmer, es noch mit seiner Pflicht vereinbaren kann, für den Vertragsbruch des Herrn Wollm einzutreten. Er bekam es sogar noch fertig, den Einwand zu erheben, daß Herr Wollm als Mitglied der Innung sich doch auch nach deren Bestimmungen zu richten habe.

Das Schiedsgericht folgte natürlich dieser Aburteilung nicht, im Gegenteil, die Arbeitgeberbeisitzer legten Herrn Wollm nahe, unsere Forderungen doch anzuerkennen, da er bestimmt Unrecht bekäme. Herr Wollm ging nicht darauf ein, und so war das Schiedsgericht genötigt, ein Urteil zu fällen, durch welches unsere Forderung voll anerkannt wurde.

Die zweite Verhandlungssache betraf die Firma Heinrich Stöhr u. Ko. Diese Firma fertigt neben vielen anderen Artikeln auch gepasste Handschuhe und Reisetaschen an. In letzter Zeit ist die Firma mit dem Heimarbeiter und Fabrikanten Kuhn, Dresdener Straße 16, in Verbindung getreten und läßt sich von diesem gepasste Taschen außer dem Hause anfertigen. Nach Angabe der Firma wird Kuhn nicht als Heimarbeiter beschäftigt, sondern die Firma kauft ihren Bedarf von ihm. Nach eigener Aussage des Herrn Stöhr liefert die Firma Stöhr u. Ko. aber einen Teil der Rohmaterialien selbst.

Wir können in dieser Verbindung der Firma Stöhr u. Ko. mit Herrn Kuhn nur eine Umgehung der Vorschriften unseres Tarifvertrages betreffs der Heimarbeit erblicken und erhoben deshalb gegen die Weiterbeschäftigung des Herrn Kuhn Einspruch.

Die Firma war zum Termin nicht erschienen, sondern wies in einem Schreiben darauf hin, daß sie seit dem 1. Januar d. J. aus der „Vereinigung Berliner Lederwarenfabrikanten“ ausgeschieden sei und dadurch die Verpflichtung, sich dem Schiedsgericht zu stellen, wohl ebenfalls entfallen sei. Im übrigen wurde die Abweisung unseres Klageanspruchs von der Firma verlangt, weil Kuhn nicht als Heimarbeiter beschäftigt würde, sondern selbständiger Fabrikant sei.

Da die Firma während der ganzen Vertragsdauer dem Tarif sowohl als den Tarifintentionen untersteht, so wurde von dem Schiedsgericht der Beschluß gefaßt, Herrn Kuhn vom Amtsgericht über sein Verhältnis zur Firma Stöhr u. Ko. vernehmen zu lassen. Bis dahin wurde die Angelegenheit vertagt. E. S.

### Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder- und verwandten Geschäftszweige (E. N.)

Vielfachen Anfragen zu begegnen, erklären wir hiermit, daß durch die Reichsversicherungsordnung sowohl als auch durch das Gesetz der Aufhebung des Hilfskassengesetzes der Fortbestand unserer Kasse nicht gefährdet und deshalb auch eine Veranzugung unserer Mitglieder durchaus unbegründet ist. Der Tag, mit welchem die den Hilfskassen erteilten Be-

## Ein tüchtiger Gewerkschaftler

ist unablässig bemüht, Mitglieder für seine Organisation zu werben. Ebenso zeigt er ein großes Interesse für sein Verbandsorgan. Er legt es nicht achtlos beiseite und liest es zunächst einmal selbst sorgfältig, benutzt die darin enthaltenen Informationen und Anregungen bei seiner Tätigkeit für den Verband und gibt, wenn sich eine Gelegenheit dazu bietet, das Blatt an Unorganisierte weiter. Ebenso hat jeder Gewerkschaftler neben der pünktlichen Beitragsleistung die Pflicht, regelmäßig die Verbandsversammlungen zu besuchen, um so sein Wissen im Kampf um eine bessere Lebenshaltung zu vermehren.

scheinungen unglücklich werden, wird durch kaiserliche Verordnung bekanntgegeben und muß dann eine Reorganisation innerhalb 6 Monate geschehen. Diese Verordnung ist zurzeit noch nicht erschienen. Die Hilfskassen haben sich dann als Versicherungsvereine auf Gegenleistung der hierauf bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes über den Versicherungsvertrag anzupassen. Eine wesentliche Änderung in der Organisation der Kasse wird das bezwecken, eine Verschlechterung der Rechte der Mitglieder aber nicht.

Nach der Reichsversicherungsordnung § 503 ist auch die Zulassung der bisherigen freien Hilfskassen, welche nach § 75 des A.-V.-G. als befreiende Kassen wirkten, als Ersatzkassen vorgesehen. Zurzeit finden durch den Verband freier Hilfskassen mit dem Aufschick in Berlin Verhandlungen statt, um ein Normalstatut für Ersatzkassen auszuarbeiten. Durch Vorlagen werden wir dann unseren Mitgliedern Gelegenheit geben, zu urteilen und dann durch eine einberufende außerordentliche Generalversammlung selbst entscheiden lassen, in welcher Form die Kasse weiter arbeiten soll. Nebenfalls aber können wir versichern, daß die Rechte unserer Mitglieder durchaus gewahrt bleiben.

Veipzig, den 20. Februar 1912.

Für den Vorstand der Kasse  
K. Brandmaier.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Die Treibriemenfabrik Hamburg und die in Treibriemenfabriken beschäftigten Gerber und Hilfsarbeiter haben in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung am 15. März im „Societischen Haus“ den Bericht des Kollegen Weinschild-Berlin über den Stand der Lohnbewegung entgegengenommen. Danach haben die Unternehmer es abgelehnt, gemeinschaftlich über den eingereichten Entwurf mit den Arbeitern oder deren Vertreter zu verhandeln. Die Firmen Anton Heim u. Co., Chaf. A. Schieren u. Co., Rothmund u. Co. und Weimers u. Co., als Mitglieder des Deutschen Industrie- und Gewerkschaftsbundes, haben sich bereit erklärt, einzeln mit den Organisationsvertretern zu verhandeln, wohingegen die Firmen Carl Marx und Scholz jedwede Vereinbarung ablehnten. Die Firma Gehrens erklärte sich bereit, die Organisationsvertreter zu empfangen. Herr Wessow, Inhaber der Firma Anton Heim u. Co., äußerte den Wunsch, einen Vertreter des Lederarbeiterverbandes zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, da er nicht warten wolle, bis die Gerber Forderungen stellen, sondern die Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter sollen gleich mitgeteilt werden. Herr Arnold, Sekretär des Industrie- und Gewerkschaftsbundes, wählte ebenfalls den Verhandlungen bei, welche bei den vier Firmen volle zwei Tage in Anspruch nahmen und deren Resultat wohl nicht unseren Erwartungen entsprechen, aber doch das höchste bieten, was sich auf friedlichem Wege erreichen lasse. Es wird die 53stündige Arbeitswoche gegen die bisherige 57stündige eingeführt. An den Vorabenden der hohen Feiertage wird nur sieben Stunden gearbeitet, ohne daß der Lohn gekürzt werden darf. Durch Kontrollversammlungen und Musterungen entfallende Zeitergänzungsmittel werden bis zu drei Stunden vergütet. Die Gewährung von Sommerurlaub konnte nicht schriftlich vereinbart werden, jedoch erklärten die Arbeitgeber, dahingehende Wünsche ihrer Arbeiter zu berücksichtigen und die Idee der Feriengewährung zu fördern, so daß die Arbeiter zufriedengestellt werden, nur wollen sie eine dahingehende direkte Verpflichtung nicht übernehmen. Der bisher übliche Einstellungslohn für Sattler und Gerber wurde von 24 Mk. auf mindestens 26 Mk., nach zweimonatiger Beschäftigungsdauer auf 27 Mk., für Hilfsarbeiter von 21 auf 22,50 bzw. 23,50 Mk. pro Woche erhöht. Die Zeitlöhne werden am 1. April 1912 um 5 Proz., am 1. April 1914 um weitere 8 Proz. und am 1. April 1915 um noch 2 Proz. erhöht. Heberarbeit bis 8 Uhr abends wird mit mindestens 20 Proz., Nacht- und Sonntagarbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet. Während erhielten die Arbeiter für Heberstunden

keine oder nur sehr geringe Zuschläge, in einem Betriebe sogar weniger Lohn als wir für die regelmäßige Arbeitszeit. Eine wesentliche Verbesserung bedeutet die Regelung der Entschädigung bei Montagetagen. Es ist für Montage neuer Riemen zu dem festgesetzten Mindest- oder tatsächlich verdienten Lohn ein Zuschlag von 5 Proz. bei alten Riemen von 10 Proz. pro Stunde zu zahlen. Außerdem werden im Hamburger Bierbaugebiet für Mittagsgeld 75 Pf., für Abendessen 60 Pf. vergütet. Für Montagetage in Deutschland werden 4,50 Mk. pro Tag, im Auslande mindestens 6 Mk. pro Tag vergütet. Die Vergütung für Montagetage beginnt mit dem Verlassen des Betriebes und endet mit dem Eintreffen des Zuges im Bahnhof bzw. mit dem Eintreffen des Arbeiters in der Fabrik. Die letzte Bestimmung sichert den Kollegen eine Vergütung der Fahrzeit des Nachts mit mindestens 10 Pf. pro Stunde, wo es bisher 30 Pf. oder gar nichts gegeben hat. — Werkzeug stellt die Firma. — Die Lohnzahlung erfolgt Freitags nach Schluß der Arbeitszeit. Bestehende bessere Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Die festgesetzte Arbeitszeit ist pünktlich einzuhalten und darf sich niemand vor dem Stundenzug zum Fortgehen vorbereiten, eine Bestimmung, die sich nur auf die Gerber bezieht, denn die Sattler haben das Schlußzeichen stets erwartet. Aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebende Streitigkeiten werden nach Möglichkeit mit den Arbeitern geordnet. Arbeitsverweigerungen, Arbeitsentstellungen und Auspöcherungen dürfen nicht stattfinden, bevor nicht die beiderseitigen Organisationen (Deutscher Industrie- und Gewerkschaftsbund, Sitt. Dresden, Verband der Sattler und Portefeulleur, Sitt. Berlin) gesprochen haben.

Kollege Weinschild hält unsere Wünsche für noch nicht befriedigt, kann aber doch das bisher Erreichte zur Annahme empfehlen. Was aber die Annahme wesentlich erleichtert, ist, daß die neunstündige Arbeitszeit 18 Wochen nach Inkrafttreten der Vereinbarung, also am 1. Juli 1912, eingeführt werden soll, und sollte am 1. Juli die neunstündige Arbeitszeit aus betriebstechnischen Gründen nicht eingeführt werden können, so wird allen Arbeitern bis zum 1. Oktober 1912 1,50 Mk. pro Woche vergütet. Am 1. Oktober 1912 tritt die neunstündige Arbeitszeit auf jeden Fall in Kraft. Dann soll die Vereinbarung bis zum 31. März 1917 gelten. Der Berichtsersteller erbat die Bestätigung der zweitägigen Verhandlungsarbeit, die am 16. März noch bei den übrigen Firmen fortgeführt wird, wenn auch nicht milde, aber doch gerecht zu beurteilen und bei der Abstimmung genau zu erwägen, ob die Vereinbarung angenommen oder abgelehnt werden soll. Er kam dann noch auf die Zufahrt der Firma Scholz, die vorzugsweise Treibriemen produziert, zu sprechen, welche ihren ablehnenden Standpunkt damit begründete, sie habe im letzten Herbst eine zehnprozentige Teuerungszulage gewährt, die jetzt als Lohnzulage fortbestehen soll. Herr Gehrens jun. will innerhalb acht Tagen den Zeitlohnarbeitern den Lohn wesentlich erhöhen und noch sonstige Verbesserungen einführen, aber binden wolle er sich nicht. Die Firma Marx dagegen stellt es den Arbeitern frei, zu streiken, wenn es ihnen nicht mehr bei ihr passe. Zum Schluß empfahl Kollege Weinschild die Annahme der Vereinbarungen mit den vier er genannten Firmen, bei den übrigen soll dann im Laufe der nächsten Woche nochmals verhandelt werden. Wenn dann dabei nichts herauskomme, so empfehle er, zum letzten, gesetzlich gewährtesten Mittel zu greifen. Kollege Christen vom Lederarbeiterverband verpflichtete dem Redner völlig bei. Die hierauf entpönte Diskussion war sehr lebhaft. Die meisten Redner erkannten die Tätigkeit der verhandelnden Personen an, glaubten auch, daß auf friedlichem Wege das möglichste erreicht worden ist und meinten, nur durch Arbeitsniederlegung mehr erreichen zu können. Vor allem müsse die Heberarbeit beseitigt und der Mindestlohn nach der Dauer der Berufstätigkeit geregelt werden. Auch gibt ein Streit zu erkennen, ob die Kollegen, mit denen man zusammen arbeite, eheliche Menschen oder Arbeitswillige seien. Sie bedauerten auch das schlechte Organisationsverhältnis in einzelnen Betrieben und die Schwierigkeiten, mit denen die Vertrauens-

leute oft bei manchen Kollegen zu kämpfen haben. Hoffentlich gibt diese Lohnbewegung Veranlassung zu besseren Zuständen. Nachdem Kollege Weinschild nochmals die Annahme der Vereinbarungen in überzeugender Weise empfohlen hatte, ergab die Abstimmung 107 dafür und 23 dagegen, 2 Zettel waren weiß. Nach am Sonnabend wurde mit der Firma Gehrens verhandelt, welche noch weitere Zugeständnisse machte, die sie aber mit ihren Arbeitern im speziellen regeln will. Hoffentlich kommt es auch bei den anderen Firmen noch zur friedlichen Verständigung. — Wenn wir uns die bisherigen Hamburger Treibriemenfabrikverhältnisse vergegenwärtigen, so dürfen wir mit dem Ergebnis des ersten Vorgehens zufrieden sein. An den Kollegen selbst wird es liegen, das Erreichte auszubauen.

Dresden. Die Arbeitgeber der Messerartikelbranche haben auf den eingereichten Tarifvertrag mit einem Vertragsentwurf geantwortet, der neben einigen Zugeständnissen wesentliche Verschlechterungen aufweist. Am 13. d. M. tagte eine Versammlung, welche dazu Stellung nahm. Nach lebhafter Aussprache, bei welcher sich alle Redner scharf gegen diesen sog. Vertrag wandten, wurde nachliegende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige, von circa 200 Kollegen besuchte Versammlung lehnt es ab, den von den Herren Arbeitgebern eingesandten Gegenvertrag als Grundlage für die weiteren Verhandlungen zu betrachten, da derselbe außer einigen kleinen Zugeständnissen eine ganze Reihe Verschlechterungen enthält. Die Versammlung wünscht, daß sofort auf Grundbeschlusses am 18. Februar eingesandten Entwurfs Verhandlungen geführt werden. Andernfalls müssen die Herren Arbeitgeber für alle weiteren Folgen allein die Verantwortung tragen.“

München. Nach langwierigen Verhandlungen ist es endlich gelungen, in der Lederwarenbranche einen Tarifvertrag abzuschließen, und zwar auf die Dauer von drei Jahren. Als nennenswerte Eigenschaften sind zu bezeichnen: Die 50stündige Arbeitszeit, nur Mindestlohn von 60 Pf. für Sattler, Freigabe des Pfingstbientags und für Heberstunden einen Zuschlag von 40 Proz. und Nachtarbeit von 75 Proz.

Mainz. Am Mittwoch, den 6. März, wurde die gewünschte Lohnkommission vorliegend wegen der von ihnen gestellten Forderungen. Da Herr Ninfel die Kommission nicht vorliegend, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Herr Ninfel war im Glauben, daß nur einige Arbeiter an den Forderungen beteiligt seien und dadurch sich noch trotz zu Kopf schwanzt. Aber nachdem ihm der Meister die Mitteilung machte, daß auch alle Arbeiter die Arbeit niedergelassen hätten, wurde es ihm doch anders zu Mute und fanden dann Verhandlungen statt. Nach dreitägiger Arbeitsunterbrechung wurde ein für die Arbeiter günstiger Arbeitsvertrag auf 3 Jahre unterzeichnet. Die Kollegen sind durch ihre Einigkeit ein Stück weiter und haben eine gute Lehre in dieser Bewegung bekommen.

### Aus unserem Beruf.

Die Firma Wittgen-Berlin in der badischen Staunmerkung vom 13. März. In unserem Organ hat diese Firma schon seit Jahren eine größere Rolle gespielt, und da wir jetzt ein Mitglied unserer Organisation im badischen Landtag als Abgeordneten haben, so war es uns möglich, diese Firma auch einmal öffentlich zu geizeln. Unser Kollege A. Müller, Abgeordneter für Schopfheim, führte u. a. folgendes aus:

Als ich auf dem letzten Landtage die Vergütung militärischer Arbeiten freiste, hat Herr Ritter b. Bodman auf meine Ausführungen gesagt, zur Teilnahme an der Vergütung von militärischen Arbeiten könnten nur solche Fabrikanten aufgefordert werden, welche mit Rücksicht auf die Mobilisationsverhältnisse, ihre geschäftlichen Verhältnisse und die nachteiligen Einrichtungen ihres Betriebes als Militärlieferanten in die vom Kgl. Kriegsministerium geführten Listen aufgenommen seien. Von

# Die Erfolge des Verbandes der Sattler und Portefeuller im Jahre 1911.

15 217 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche für 7 195 Personen, 22 493 Mk. Lohnerhöhung pro Woche für 10 868 Personen, tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse für 10 145 Personen beweisen, daß er die berufsmäßige Interessenvertretung aller in Lederwaren- und Sattlereibetrieben beschäftigten Personen ist. 146 328 Mk. wurden im Jahre 1911 für Unterstützungen verausgabt, und zwar: Für Streiks und Lohnbewegungen 33 582 Mk., Unterstützung für Gemäßregelte 3 421 Mk., Reisende 5 151 Mk., Arbeitslose 46 022 Mk., Erkrankte 48 375 Mk., Beerdigungsbeihilfe 5 715 Mk., Umzugsbeihilfe 1844 Mk., Notfallunterstützung 655 Mk., Rechtschutz 1552,64 Mk.

den zurzeit in Frage kommenden 51 Firmen entfielen vier auf Baden. Es ist mir im Laufe der letzten zwei Jahre seitens meiner Berufskollegen oder von anderen Handwerksleuten, die Militärarbeiten liefern, nichts bekannt geworden, daß noch irgendwelche Klagen vorhanden sind. Es hat also, wie es scheint, das, was ich damals gesagt habe, bewirkt, daß eine Besserung eingetreten ist. Aber ich möchte feststellen, daß unter diesen vier Firmen in Baden, die Militärlieferungen zu groß übernehmen, sich auch die Firma Mittgen in Karlsruhe befindet. Die Stadtschönheit erzählt von diesem Betriebe, daß 230 Personen in ihm beschäftigt seien. Ich möchte die Regierung bitten, hier einmal nachzugehen. Man sagt mir mit Bestimmtheit, daß seit Jahr und Tag nie mehr als 30 oder 35 Personen dort beschäftigt sind, während die übrigen Personen in einer ganzen Reihe von Dörfern bis hinauf nach Nafstatt ihr Dasein als Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen fristen. Sie sind derartig verstreut, daß es fast unmöglich ist, festzustellen, welchen Umfang diese Heimarbeit genommen hat. Es werden Stundenlöhne von 4 bis 17 Pf. bezahlt, in einem Falle wurde sogar bei einer Frau ein Tagesverdienst von 20 Pf. festgestellt. Die Fabrikinspektion hat sich auch schon mit dieser Frage beschäftigt. Allerdings ist es auch für sie schwer, irgend etwas herauszufinden. Nun ist mir ein allerdings schon bald zwei Jahre alter Artikel im „Fachsblatt der organisierten Sattler und Portefeullerarbeiten“ in die Hand gekommen, der sich mit dieser Firma beschäftigt. Hier sind Dinge niederschriftlich, die ich nicht zur Verlesung bringen will, aber ich werde so frei sein, dem Herrn Minister diese Zeitung zur Verfügung zu stellen, damit er sich davon überzeugen kann, was auf diesem Gebiete alles geleistet wird. Nach diesem Artikel besteht in dieser Firma noch das sogenannte Trudfsystem, das bekanntlich reichsrechtlich verboten ist. Die Firma Mittgen in Karlsruhe erlaubt sich trotzdem, auf Umwegen durch zwei oder drei Personen das Trudfsystem auszuüben, es wäre deshalb Zeit, daß man sich mit dieser Firma einmal beschäftigt. Vor Jahren haben die organisierten Sattlergehilfen an das Kriegsministerium eine Eingabe gemacht und unter dem 15. Oktober 1904 folgende Antwort vom Kriegsminister erhalten: „Auf die Eingabe vom 5. Oktober 1904 teilt Ihnen das Kriegsministerium mit, daß die betreffenden Dienststellen der Heeresverwaltung dafür Sorge tragen werden, daß künftighin bei der Vergabe von Sattlerarbeiten nur solche Unternehmer mit Aufträgen bedacht werden, welche die Gewähr für die Bewilligung angemessener und auskömmlicher Löhne für ihre Arbeiter bieten.“ So der Kriegsminister. Die Tariff Kommission der Sattler Deutschlands hat sich auch in dieser Hinsicht wiederholt an den Reichstag gewandt und im Reichstag ist diese Angelegenheit im März des Jahres 1908 verhandelt worden, wobei der Beschluß gefaßt wurde, den Herrn Reichszangler zu ersuchen, Arbeiten für die Militärverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in bezug auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten, und falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Orte des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben; sowie die Militärverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen. Was hier niedergelegt ist, gilt nach meiner Auffassung auch für diejenigen Betriebe, die als Privatbetriebe Militärarbeiten ausführen. Von der Firma Mittgen in Karlsruhe kann das aber nicht gesagt werden. Diese Firma preist sogar auf die Beschlüsse des Reichstags, sie macht was sie will, für sie gelten Kriegsministerium und Reichstag nichts. Ich habe festgestellt, daß in der Werkstätte der Firma Mittgen für die Anfertigung eines Tornisters 8,90 Mk. gezahlt wird und an die Heimarbeiter für dieselbe Arbeit 3,50 Mk.; für Patronentaschen in der Werkstätte 1,20 Mk., an die Heimarbeiter 80 Pf.; für eine Hülfspacktasche in der Werkstätte 48 Pf., an die Heimarbeiter 36 Pf. Da muß der Heimarbeiter außerdem selbst noch Licht, Heizung und Werkstätte stellen, er muß aber auch die

Kraft für das Holen und Hinbringen der Arbeiten, die er macht, noch besonders bezahlen. Vergleicht man hiermit die Beschlüsse des Reichstags und die Bestimmungen des Kriegsministeriums, so muß man sagen, hier macht die Firma Mittgen geradezu, was sie will. Es ist festgestellt, daß der aufsichtführende Offizier, wenn er in die Werkstätte kommt und nach dem Rechten schaut, von der Firma alles mögliche vorgebracht bekommt, aber nur nicht das, was den Tatsachen entspricht. Wenn die Werkstätten leer sind und nur einige Personen in diesen Räumen sind — und es scheint sich zu rentieren, große Räume leer stehen zu haben, wenn man diese Preise bezahlt —, sagt man den Herren Offizieren, die als Kontrollanten kommen: Morgen oder übermorgen kommen die Gesellen, die Sattler oder Schneider, oder was sie für Berufe haben, und nehmen ihre Klagen ein. Die Maschinen sind da und trotzdem wird das ganze Jahr nie daran gearbeitet. Ich möchte also die Regierung bitten, sie möge da einmal nach dem Rechten sehen, und ich glaube, daß sie sich, wenn dadurch auf diesem Gebiete eine Änderung zum Besseren eintritt, ein Verdienst erwirbt.“

Ich glaube, daß die Natur ihre Kinder nicht in Stalten, Klassen, Kassen, Korporationen und Kategorien eingeteilt hat, daß sie nicht die einen bestimmt hat, Herren und Gebieter, reich und müßig zu sein, alle Vorrechte zugewiesen, ohne eine Last zu tragen, glücklich zu sein und im Ueberflusse zu schwimmen, — die anderen aber, Sklaven zu sein, beherrscht und arm, unter der Arbeit zu erliegen, alle Lasten zu tragen, ohne einen Vorteil zu genießen, unglücklich zu sein und des Nötigen zu entbehren.

## Korrespondenzen.

**Offenbach.** Die Tagesordnung unserer am 4. März stattgefundenen Mitgliederversammlung hatte eine solche Anzahl Kollegen in die Versammlung gebracht, wie wir sie selten zu sehen bekommen. Galt es doch Stellung zu nehmen zu den Anträgen für die Generalversammlung und die Delegierten für dieselbe in Vorschlag zu bringen. Schon nach Verlesung des Protokolls, in welchem der Satz, daß die hiesigen Kollegen einer Beitragserhöhung nicht unsympathisch gegenüber ständen, enthalten war, brachte einige Redner auf die Schanzen, die sich ganz entschieden dagegen verwahrten, daß dies die Auffassung der letzten Versammlung sei. Kollege Eisinger beantragt, daß dies im Protokoll berichtigt werde. Die Kardinalfrage in der Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung war denn auch die Beitragserhöhung. Darüber hinaus kann man nicht. Ueber ein Dutzend Redner traten auf den Plan. Die Kollegen können nicht verstehen, wie der Zentralvorstand dazu kommt, eine Beitragserhöhung ohne irgendwelche Erhöhung auch nur einer Unterstützungsart herbeizuführen zu wollen. Vielfach wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Zentralvorstand Gründe für eine Beitragserhöhung nicht anführen könne. Wenn angeführt werde, daß in nächster Zeit in den Auto-, Militär- und sonstigen Branchen größere Bewegungen zu erwarten seien, so sei dem entgegenzuhalten, daß der Tarif in der Reifeartikel- und Portefeullerbranche auf 5 Jahre abgeschlossen sei und in dieser Zeit für diese Branche größere Gelbdaufwendungen nicht nötig seien. Es liege sich in dieser Zeit trotz der laufenden Ausgaben ein bedeutender Kampffonds ansammeln. Außerdem stehe dem Zentralvorstand noch ein Mittel zur Verfügung, das Kampffonds zu stärken, die Erhebung von Extrabeiträgen. (Würde letzteres nicht einen größeren Entnützungskurs bei unseren Kollegen hervorzurufen? D. V.) Weiter wurde ausgeführt, daß während unserer Tarifdauer noch eine Generalversammlung stattzufinden habe, in der die Erhöhung der Beiträge vielleicht eher zu begründen und auch die Zustimmung der Kollegen finden würde. Daß die Gauleiter auf der Gaufonferenz so ohne weiteres einer Beitragserhöhung zustimmen, sei unbegreiflich, es müsse angenommen werden, daß die Gauleiter entweder über die Verhältnisse in ihren

Gauen schlecht unterrichtet, oder sie stellten sich die Durchführung der Beitragserhöhung leichter vor, als dies in Wirklichkeit der Fall ist. So könnte doch in Gauen, wo die Geschirrbünde in Frage kommen, in denen die Lohnverhältnisse bei Weitem und Logis nicht die richtigen sind, nicht erwartet werden, daß diese Kollegen die Beitragserhöhung so leicht nehmen. Auch die Frage der Staffeltbeiträge wurde eingehend besprochen, jedoch als unpraktisch erkannt. Es liegen sich da keine Grenzen ziehen zwischen höheren und niederen Löhnen. Für die Hauptklasse würden Staffeltbeiträge nur Nachteile bringen. Auch die Resolution des Zentralvorstandes zur Beitragsfrage wurde beurteilt, dieselbe würde bei eventueller Annahme nur dazu dienen, das Statut zu umgehen. Von der Generalversammlung wird erwartet, daß sie klare und einheitliche Bestimmungen schaffe. Da die Zeit weit vorgeschritten, werden einzelne Anträge des Zentralverbandes zur Statutenänderung auf die nächste Versammlung zurückgestellt.

Zwei Anträge der Ortsverwaltung zum Statut wurden nach kleinen Abänderungen angenommen. Desgleichen ein Antrag an die Generalversammlung, wenn gegen den Willen der Verwaltungsstelle eine Beitragserhöhung von 10 Pf. beschlossen werden sollte. Ein Antrag des Kollegen Barm, über den Antrag des Zentralvorstandes hinauszugehen und Delegiertenwahlen zur Generalversammlung 400 bis 500 Mitglieder zugrunde zu legen, wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß wir uns dadurch unsere Rechte dem Zentralvorstand gegenüber beschneiden würden. Desgleichen wurde ein Antrag des Kollegen G. Jung, die Generalversammlung nur alle 5 Jahre abzuhalten, abgelehnt.

Bei den Vorschlägen der Delegierten wurde von mehreren Rednern ausdrücklich verlangt, denselben in bezug auf die Beitragsfrage ein gebundenes Mandat zu geben. Dies wird von anderer Seite scharf bekämpft. Kollege A. Scheffel kann verstehen, wenn sich die Beamten nicht in Gegensatz zum Zentralvorstand stellen und direkt gegen eine Beitragserhöhung sprechen, das verlange er auch nicht, da diese vom Zentralvorstand abhängig seien. Dagegen wendet sich Kollege Krüger, die Beamten haben auch ihre freie Meinung und seien nicht die Gummipuppen des Zentralvorstandes, jedenfalls sei es eine Blamage, den Delegierten auch nur in einem Punkt ein gebundenes Mandat zu geben. Im Vertrauen darauf, daß jeder Gewählte wissen würde, wie er zu stimmen habe, wurde davon abgesehen. Bemerkung wird, daß die provisorische Tagesordnung der Generalversammlung noch nicht veröffentlicht ist. Statutgemäß müsse dies schon geschehen sein. Als Delegiertenkandidaten werden 15 Kollegen vorgeschlagen und noch ein Wahlkomitee von sechs Kollegen bestimmt. Vor Schluß stellt Kollege Grafmann noch folgenden Antrag, der im Protokoll aufgenommen werden soll:

Die Versammlung verurteilt die gegenwärtigen Agitationsreisen der Gauleiter, die nur dazu von dem Zentralvorstand in Szene gesetzt seien, um den Kollegen die Notwendigkeit der Beitragserhöhung schmackhaft zu machen. Diefelben bringen dem Verbands nur Unfassen, die man vermeiden könne.

**Königsberg.** Am 5. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im „Festzelt“, in der Genosse Beskonow sein Vortrag über: „Der Einfluß der modernen Arbeiterbewegung auf die öffentliche Meinung“ hielt. Der Vortragende schilderte die ganze Gewerkschaftsbewegung und spornete die Kollegen an, immer neue Kämpfer für ihre Organisation zu gewinnen und sich auch mehr als bisher politisch zu organisieren. Zum zweiten Punkt wurde zu der Bekanntmachung der Hauptverwaltung betreffs Beitragserhöhung, welche in der Münchener Generalversammlung ihre Regelung finden soll, Stellung genommen. Die Kollegen waren einstimmig gegen eine Beitragserhöhung, sind aber, wenn eine Beitragserhöhung notwendig ist, eventuell für Staffeltarife zu haben, weil Königsberg mit vielen Einzelmitgliedern zu rechnen hat, die doch nur 4—7 Mk. pro Woche bei freier Station verdienen und eventuell austreten würden, wenn sie noch mehr zahlen sollten. Als Delegierter für die

Generalversammlung wurde einstimmig Kollege Dietrich vorgeschlagen, nachdem noch verschiedene Verbandsangelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Waidlingen.** Die Kollegen der Zweigstelle Waidlingen besaßen sich am 4. März in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung mit den Aufträgen des Verbandstages. Kollege Jg hielt das Referat. Gegen die Erhöhung des Beitrages trat nur ein Kollege auf. In gleicher Abstimmung erklärten sich sämtliche Anwesende für die Erhöhung des 10-Pf.-Beitrages.

**Gannstatt.** Am 8. März besaß sich die Auto- und Wagenbranchenversammlung u. a. auch mit der Beitragsfrage. Ein Kollege befürchtet, daß durch die Beitragserhöhung die Agitation in den Kleinstädten und auf dem Lande sehr erschwert werde, auch Ausritte werden erfolgen. Die übrigen Redner sind der Meinung, daß die Kollegen der Auto- und Wagenbranche durch ihre erzielten Lohn- und Beitragserhöhungen der letzten Jahre eine Belastung von 10 Pf. pro Woche ganz gut ertragen könne. Der Ceteroverwaltung wurde anheimgegeben, ob nicht schlecht entlohnte Kollegen von dem Sozialzuschlag entbunden werden könnten in der Weise, daß diese nur einen Beitrag zu zahlen hätten, der ihnen noch einen Zuschuß zu Streif-, Ausspannungs- und Maßregelungsunterstützung zuzählt. Der Ortsmann hält es für notwendig, daß den Delegierten anheim gestellt werden müsse, daß sie darauf drängen, daß die Branchenkonferenz der Auto- und Wagenbranche nicht auf die lange Bank gesetzt werde, sondern daß deren Einberufung beschleunigt werde.

**Mainz.** Am 9. März fand hier eine Mitglieder- versammlung statt. Diefelbe war sehr gut besucht. Die Tagesordnung lautete: „Bericht über die Lohn- bewegung und Stellungnahme sowie Wahl zur Generalversammlung in München“.

Den Bericht gab Kollege Benz, wobei er auch Stellung zur Generalversammlung nahm. Er schilderte in Kürze, daß der Verband durch die wirtschaftliche Lage immer mehr in Anspruch genommen wird und meinte, wo ein „Verlangen“ ist, muß auch ein „Geben“ sein. Es entspann sich eine rege Debatte, die dann damit endete, daß man den gewählten Vertreter beauftragte, daß er für einen Ausschluß von 5 Pf. zu stimmen habe, da der Aufschlag von 10 Pf. zu hoch sei. Als Vertreter wurde Kollege Emig aus Kaiserslautern mit 14 Stimmen gewählt. Auch hatte die Versammlung den Entschluß, daß wir drei Aufnahmen aus der Geschäftskategorie machen könnten. Es wurde dann beschlossen, am ersten Samstag eines jeden Monats eine Versammlung stattfinden zu lassen.

**Wieber.** (E. 11. 3.) Am Freitag, den 8. März, fand im Lokale Wiener Spitz eine außerordentliche Generalversammlung statt, um endgültig Stellung zur Erhöhung des Beitrages zu nehmen. Einleitend referierte der Vorsitzende über die Gründe, die den Zentralvorstand bewegen haben, eine Beitragserhöhung zu fordern. Wenn auch der Zeitpunkt, eine Beitragserhöhung zu fordern, als zu früh bezeichnet werden müsse, so sei der Antrag doch nicht kühn abzuwehren; vielmehr müsse versucht werden, mit der Beitragserhöhung zu gleicher Zeit eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung einzuführen, und zwar für Kollegen, die dem Verbands mindestens 5 Jahre ununterbrochen angehören. In der Diskussion nannten sich alle Redner in schärfster Weise gegen die Erhöhung der Beiträge. Durchweg begründeten die Redner ihre ablehnende Haltung damit, daß die Lohnbewegung nicht das gebracht habe, was allgemein erwartet wurde, ferner die außerordentliche schlechte Konjunktur, in der fast alle Betriebe mit 10- bis 12stündiger Arbeitsverfugung arbeiten. Auch sei nicht außer acht zu lassen, daß der Preis der Lebensmittel eine Höhe erlangt hätte, wie sie noch nie war. Alle Diskussionsredner waren sich darin einig, daß die angeführten Gründe auch dem Zentralvorstand bekannt sein dürften und hätte derselbe zurzeit nicht mit einer Forderung zur Erhöhung der Beiträge kommen dürfen. Mindestens sei das Vorgehen des Zentralvorstandes ein rücksichtsloses. Folgende vom Kollegen Otto Weyer eingebrachte Resolution wurde mit großem Beifall angenommen:

„Die Versammlung lehnt die Erhöhung der Beiträge ab und protestiert zu gleicher Zeit gegen den Austausch der Gauleiter in anderen Gauen wegen der großen Unkosten, welche nicht in Einklang zu bringen sind mit den Erfolgen. Ferner wünscht die Versammlung sofort nach Beendigung der Wahlen eine Delegiertenkonferenz für den Industriebezirk Offenbach einzuberufen.“

Der zweite Punkt der Tagesordnung, Verschmelzung mit Offenbach, rief eine ebenso lebhaftige Debatte hervor und lehnten die Kollegen eine solche entschieden ab und protestierten ganz energisch dagegen, daß man einer Verwaltungsstelle von über 300 Mitgliedern

ihre Selbstverwaltung rauben will; die hierzu angeführten Gründe wurden als nicht stichhaltig bezeichnet. Sodann wurde der Termin für die Wahl zur Generalversammlung festgelegt. Im Vorzuge als Kandidaten wurden die Kollegen Friedl, Schmidt und Otto Weyer gebracht.

**Leipzig.** (E. 11. 3.) Kollege Bartsch-Görlitz referierte hier am 5. März über den Nutzen des Verbandes für seine Mitglieder und Berufsangehörigen. Zum Schluß empfahl er zur Ausgestaltung und Kräftigung unserer Organisation die Beitragserhöhung. Doch damit halte er seinen Erfolg. Erst die nächste Versammlung wird sich damit beschäftigen. Gemüßwillig wurde, daß wenn die Gauleiter nur für den Zentralvorstand betreffs Beitragserhöhung Pro-

### Eine Gottes-Legende.

Zum Himmelstempel spähte Gott heraus: „Was bauen da die Menschen auf der Erde?“  
Sankt Michel sprach: „Für dich ein neues Haus.“  
„Und wiss ich, ob ich bewohnen werde?“  
Sankt Michel sprach: „O Herr, die Wohnungsnot wird drunten nachgerade unerträglich!“  
Kein Erbsack für die Armen und kein Vorrat!  
Der Winter naht, drum leiden sie unsäglich.“  
„Und haben sie nicht Felder für die Saat?“  
Und Steine, um sich Häuser zu errichten!“  
Das dumme Menschenvolk, so faul zur Tat!  
Wenn sie nichts schaffen, mögen sie verzichten.“  
Sankt Michel sprach: „Aus Steinen sie erbauen Paläste für die Erdengötzen, Speicher, Darinnen das Getreide aufzuheben.“  
„Das Volk verarmt, die Reichen werden reicher.“  
„Und schweig das Volk und nimm die Kränkung hin, Aufstakt die Kerkernisse zu entfernen!“  
„O Herr, man unterjocht den freien Sinn In Kirchen, Kerkern und Kerkern!“  
Sie bauen Kirchen immer mehr und mehr, Darinnen dich ums täglich Brot zu bitten, Als ob die Erde minder fruchtbar war, Weil Millionen an Enterbung litten! Kerkern bauen sie für die Arme, Dem Volke anzulegen Baum und Jügel, Räumt es empor in zornigemutem Weh, Beschwindigt mans mit schonungslosem Prügel. Und Kerker baut man für den Widerstand, Der hin und wieder schreiet in die Schranken, Und wer die Kühlade überhand, Den knebelt man und stüßet ihm die Kränken.“  
„Weshalb gerührt das Volk die Schranken nicht, Die seine Millionen unterjochen?“  
„Weshalb vertreibt es seine Schranken nicht, Warum hat es die Ketten nicht erbrochen?“  
Sankt Michel lächelt: „Herr, sie rennen blind In die Verderben, schmeiden selbst die Ketten, Mit denen sie nachher gefesselt sind!“  
„Herr, gib sie auf! Wir können sie nicht retten. Die Kerker, die Kerkern bauen sie Sich selbst zum Trost, auf Erbe ihrer Dränger, Und jedem Schmeicheltwort vertrauen sie, Wird auch das Regiment tagtäglich strenger. Das Meer, das jenes Volk im Zaume hält, Es zertrütert sich aus des Volkes Söhnen, Und wenn durch Sohnes Hand der Vater fällt, So hört er sterbend noch die Dränger höhnen!“  
Als Michel schwieg, trat eine Pause ein. Dann sprach der Herr nachdenklich: „Diese Toren! Sie sollten auf der Welt zu Hause sein, Und haben nun das Fundament verloren! Ich pflanzte Liebe in ihr Herz, doch daß Ich sah drin empor in unfruchtbaren Garben, Ich segne ihre Klur ohn' Unterlaß, Sie plündern sich und pfländen sich und -- darben. Wenn ihre Herzen leuchtig geblieben, ja, In reinen Menschenherzen mücht ich wohnen! Mit ihren finstern Kirchen sie und da, Sie sollen endlich mich damit verschonen!“  
„Goutier“.

paganda machen sollen, so sollen sie lieber derartige Agitationstouren unterlassen.“

(Anmerkung der Red.: Bei dem Andrang der eingehenden Versammlungsberichte sind wir genötigt, die Referate nicht zu bringen oder zu kürzen. Dasselbe mußte auch, wenn auch aus anderen Gründen, mit dem Leipziger Bericht geschehen. Nur die Versammlungssitzung glaubten wir den Kollegen Deutschlands nicht vorenthalten zu dürfen.)

**Röhlhausen i. Thür.** (E. 11. 3.) Am 5. März fand hier eine öffentliche Mitglieder- versammlung statt, in welcher der auf der Tour befindliche Gauleiter Kollege Ost-Offenbach referierte über: „Der Einfluß der Organisation auf

die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sattler und Portefeuller und die Aufgaben des nächsten Verbandstages in München“. Der Referent verriet sich über die Erfolge der Organisation und über die statistischen Aufnahmen des Verbandes. Ferner rebete der Referent der Beitragserhöhung das Wort und konnte Staffelleistungen nicht empfehlen. Die Diskussion sprach sich aber gegen die Beitragserhöhung aus und empfahl eventuell Staffelleistungen. Nachdem im Schlußwort der Referent sich nochmals für die Beitragserhöhung erwärmte, wurde die außerordentliche Versammlung um 12½ Uhr geschlossen.

**Stuttgart.** (E. 11. 3.) Am 2. März referierte unser Zentralvorsitzender Kollege Blum in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung über das Thema: „Die Lage unserer Berufsgruppen und wie verbessern wir dieselbe?“ In seiner Einleitung kam der Referent auf die bevorstehenden Kämpfe der Bergarbeiter, Porzellanarbeiter und Schneider zu sprechen, um zu beweisen, daß Tarife keine Gewähr leisten für Vermindeung von Kämpfen, sondern daß die Unterneher durch die Anbahnung von Reichstagen Kämpfe heraufbeschwören, die die vorhergegangenen biling in den Schatten stellen. Seit dem Jahre 1900 sind die Lebensmittel um 36 Proz. im Preise gestiegen. Diese ungeheure Steigerung zwingt uns, mehr Lohn zu fordern. Im Jahre 1910 hatten wir 83 Bewegungen, die 729 Betriebe mit 12 000 Beschäftigten umfaßten. Dabei wurde für 7000 Personen 15 000 Stunden Arbeitszeitverkurzung und für 10 800 Personen 22 000 Pf. mehr Lohn pro Woche erzielt. Ein Teil genos Vorteile, ohne einen Pfennig Beitrag an unsere Organisation zu leisten. Die gesamten Lohn- und Arbeitsbedingungen sind statistisch erfasst worden. Die Generalversammlungen beschließen solche Erhebungen, andererseits fehlen aber statistische Bestimmungen, um die Mitglieder zu einer Beteiligung daran zu verpflichten. Nur 50 Proz. haben sich bewegen gefühlt, die verlangten Angaben zu machen. Das Gesamtergebnis ist nach einer Richtung interessant und zeigt daselbe Bild wie bei der Erhebung im Jahre 1905: Überall, wo lange Arbeitszeit vorherrscht, sind gleichzeitig die Löhne am niedrigsten, umgekehrt stehen die Löhne dort am höchsten, wo die Arbeitszeit am niedrigsten ist. In Stuttgart wird in verschiedenen Branchen noch unter dem Reichsdurchschnitt verdient. Vergegenwärtigt man sich dabei noch die außerordentlich hohen Lebensmittel- und Mietpreise am Orte, so schiebt sich das Bild noch mehr zum Ungunsten der Kollegen. In hygienischer Beziehung herrschen allgemein noch schwere Verhältnisse. In 50 Proz. aller Betriebe werden noch während der Arbeitszeit die Arbeitsräume ausgefegt. Dr. Sommerfeld fordert für sämtliche Betriebe täglich nasses Aufweischen. Die Arbeitsverhältnisse sind beschämend. Bei zukünftigen Forderungen muß unser Hauptaugenmerk auf Beseitigung dieser Verhältnisse gerichtet werden. Die Brancheninteressen werden am besten durch Branchenkonferenzen gefördert. Das Resultat derselben wird zeigen, wo der Hebel zur Verbesserung angefaßt werden muß. Zur Ausführung dieser Aufgaben reichen die Mittel der Hauptkasse nicht aus. Eine Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 Pf. ist absolut notwendig. Der Fluktuation der Mitglieder muß entgegengetreten werden. Große Aufgaben stehen uns bei der Durchführung des Hausarbeitsgebietes bevor. Die Generalversammlung in München wird sich mit all diesen Fragen aufs eingehendste beschäftigen und wird bestrebt sein, diese zum Wohle des Gesamtverbandes zu lösen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. In der Diskussion wurde die Beitragserhöhung in den Vordergrund gehoben. Bei allen Diskussionsrednern kam zum Ausdruck, daß die Notwendigkeit einer Stärkung der Hauptkasse vorliege. Ein Teil hält die Erhebung von Staffelleistungen für die gerechtere Form, da wir mit einer größeren Anzahl von Hilfskräften am Orte rechnen müssen, deren Lohn eine größere Belastung ohne weiteres nicht ertrage. Auch die Kollegen, die für eine allgemeine Beitragserhöhung eintraten, stimmten dem zu, daß der Staffelleistungsbeitrag der bessere sei, aber die praktische Durchführung stöße auf zu große Schwierigkeiten. Kollege Blum war derselben Meinung und betonte, daß der Zentralvorstand sich eingehend damit befaßt habe, eine Empfehlung dieser Form aber abzulehnen müsse. Da diese Versammlung die Einleitung für die Generalversammlungsdebatten bildete, wurde eine Abstimmung über die Beitragserhöhung nicht vorgenommen. Als Delegierte nach München wurden die Kollegen Kumpf, Räder, König, Maß, Schmitt, Siebenmorgen, Schindler und Weller vorgeschlagen. Die ersten sechs verzichteten zugunsten der beiden letzten Kollegen.

**Witten.** (E. 11. 3.) Nach langer Zeit fand am Sonnabend, den 8. März, wieder eine Mitglieder- versammlung statt. Als Schriftführer wurde Kollege Penzoth gewählt. Zum Delegierten zur Gauleiterkonferenz nach Leipzig wurde Kollege Lange ge-

wählt. Da sämtliche Kollegen hier gegen eine Erhöhung der Beiträge sind, wurde ihm zur Aufgabe gemacht, dort unsere Meinung zu dieser Angelegenheit zu vertreten. Im vierzten Punkt der Tagesordnung, Tarifbewegung, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Man wurde dabei einig, Kollege Lange soll von der Tariffkommission den neuen Tarifschiden lassen, damit sich die Lohnkommission im Falle einer Verhandlung danach richten kann. Betreffs der Anfertigung von Kolonialausrüstungsstücken bei der hiesigen Zinnung, hauptsächlich bei Herrn Obermeister Breitbach, wo fünf Kollegen beschäftigt, wünschen auch diese eine Regelung ihrer Lohnverhältnisse. Kollege Lange wird beauftragt, auch hierüber Erkundigungen einzuziehen. Im Punkt Verschiedenes gab Kollege Diedrich den Kartellbericht. Von ihm als Vorsitzenden wurde von sämtlichen Kollegen verlangt, alle 4 Wochen eine Versammlung einzuberufen. Zum Delegierten nach München soll nur ein Kollege gewählt werden, welcher gegen eine Erhöhung der Beiträge ist. Zwecks dieser Wahl wird die nächste Versammlung auf Sonnabend, den 23. März, festgesetzt und hoffen wir, daß sie wieder so zahlreich besucht ist wie heute.

**Saltingen.** (E. 13. 3.) In unserer Versammlung am 8. März, wo auch die Kemtscheider Kollegen anwesend waren, referierte der Gauleiter, Kollege Busch, aus Leipzig, in der er durch zahlreiches Material aus die Miß- und Missetände der einzelnen Branchen der Sattler- und Portefeuller vor Augen führte. Weiter betonte Kollege Busch, daß bei einer starken Organisation eine gut gefüllte Kriegskasse dringend nötig sei, weswegen der Zentralvorstand eine Beitragserhöhung ohne jegliche Aufbesserung der Unterfraktionen vorgeschlagen habe. Er fand aber wenig Anklang, auch wurde bemerkt, daß es jetzt schon sehr schwer hält, neue Kollegen zu gewinnen, viel weniger noch eine Beitragserhöhung. Kurz vor Schluß wurde das Nichterscheinen des Delegierten der Treibriemenarbeiterkonferenz in Düsseldorf stark gerügt, was aber des Delegierten Schuld nicht war, sondern der alte Vorstand hatte es unterlassen, denselben mitzuteilen, wann und wo die Konferenz stattfinden sollte.

**Werra.** (E. 14. 3.) Am 4. März fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Barisch aus Götting über das Thema: „Welchen Nutzen bringt der Verband der Sattler und Portefeuller seinen Mitgliedern und den gesamten Berufsangehörigen“ referierte. Er besprach die im vergangenen Jahre stattgefundene Lohnbewegung und bewies dann die Erfolge, die dabei erzielt wurden. Ferner betonte er aber auch das große Feld, was noch zu bearbeiten sei, wie die Tarifabschwächung der Wagen- und Auto-, Treibriemen- und Geschirrerbranche. Dann kam er auf die Beitragsfrage zu sprechen, welches die Generalversammlung in München als Hauptpunkt beschäftigen wird. Trotz des lebhaften Beifalls traten in der Diskussion mehrere Kollegen gegen die Beitragserhöhung auf. Es wurde dann der Antrag gegen 2 Stimmen angenommen, die Beitragserhöhung im höchsten Falle auf 5 Pf. zu bemessen und wurde den Delegierten zur Gaukonferenz nach Leipzig anheimgegeben, in diesem Sinne zu votieren. Im anderen Falle sollen sie sich der Situation der Konferenz anschließen.

**Mannheim.** (E. 14. 3.) Am Mittwoch, den 6. März, tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in welcher Gauleiter Kollege Schneider über gewerkschaftliche Kämpfe und Ziele referierte. Kollege behandelte in einer Fülle von Beispielen die Art und Form der Kämpfe vom Mittelalter bis zu unserer heutigen, modernen Bewegung, bespricht die schweren Kämpfe der jetzigen Zeit, daß der Arbeiterorganisationen eine ganz andere Kampfesform von seiten der Unternehmer aufgezwungen wurde, verweist auf den Kampf der englischen Vergarbeiter und daß unsere heutigen Kämpfe immer schwieriger und umfangreicher werden, denen nur starke, geschlossene und finanzkräftige Organisationen genug widerstandsfähig sind. Sodann bespricht Kollege die Lage unserer Berufslogen. Er verwies darauf, daß in der Treibriemenbranche außerordentliche traurige Verhältnisse existieren und viele Kollegen diese Branche verlassen und zu besser bezahlten Branchen übergehen und dort Lohnbrüder werden. Deshalb müßten wir darauf bedacht sein, die schlechter bezahlten Branchen zu heben. Auch in der Wagenbranche seien noch teilweise schlechte Verhältnisse anzutreffen. Die Konferenzfrage sollte man nicht unterschätzen. Zum Antrag des Zentralvorstandes streift Kollege Schneider die Summe, welche in den letzten Jahren an Unterstützung ausbezahlt wurde, während für den Kampf wenig übrig bleibt und deshalb die Konferenz der Gauleiter mit dem Zentralvorstand beschließen habe, zur Stärkung der Kasse für die beschriebenen Kämpfe den Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Ueber Staffellung der Beiträge wies Kollege auf die große Schwierigkeit hin, welche sich beim Auszahlen der Unterstützung uns in den Weg stellen.

In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Beitragserhöhung aus. Kollege Schneider betonte, man solle den Delegierten mit feinem gebundenen Mandat entsenden, da bei den Verhandlungen Momente kämen, die ein ganz anderes Bild bringen. Es wurde jedoch beschlossen, dem Delegierten freies Mandat zu überlassen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Hofstad.** (E. 14. 3.) Am 3. März fand im Gewerkschaftshaus unsere Versammlung statt. Kollege Niesel hielt einen Vortrag über den Wert von Statistiken; wie diese es ermöglichen, ein übersichtliches Bild der Löhne in den verschiedenen Unterbranchen der Sattlerei zu gewinnen. Es ergibt sich als Schlussfolgerung, daß durchweg sämtliche Löhne der Geschirrarbeiter besonders dringender einer Aufbesserung bedürfen, auch ist in vielen Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Redner geht dann über zu dem Thema der beschriebenen Beitragserhöhung und betont, daß die Mehreinnahmen möglichst der Verstärkung des Kampffondes dienen sollen, dieses scheint durchaus geboten, da die Unternehmer sich immer mehr zusammenschließen und nur eine finanziell gut dastehende Gewerkschaft Ergebnisse erzielen kann. In der Diskussion wurde die Erhöhung des Beitrages gutgeheißen, jedoch der Wunsch nach niedrigeren Beiträgen für Einzelmitglieder laut. In diesbezüglicher Antrag wird von unserer Filiale zur Generalversammlung gestellt werden. Hierauf wurde dem Kollegen Niesel das Schlusswort erteilt. Anwesend waren die organisierten Kollegen Klotz und mehrere auswärtige Einzelmitglieder.

**Nielesfeld.** (E. 15. 3.) Am Sonntag, den 10. März, war Kollege Weinschild aus Berlin hier anwesend und sprach in einer Mitgliederversammlung über das Thema: „Die Lage unserer Berufsgenossen und wie verbessern wir dieselbe?“ Einleitend seiner Rede bemerkte Kollege Weinschild, daß er nicht, wie vielfach angenommen wird, von der Zentralleitung ausgeschieden sei, Stimmung zu machen für die allgemeine Beitragserhöhung; sondern der Hauptzweck sei der, die Kollegen zu reger Verbandstätigkeit anzuspornen und die Kollegen, deren Arbeitsverhältnisse nicht durch Tarifverträge geregelt sind, aufzumuntern, ihre Lage so viel wie möglich zu verbessern. In der Hand der aufgemachten Statistik wies er nach, daß viele hiesige Kollegen noch unter dem Reichsdurchschnittslohn stehen. Da dem Kollegen Weinschild in vielen Orten entgegengehalten wurde, daß sich doch der größte Teil unserer Kollegen im Reich im festen Tarifverhältnis befände und unsere gegenwärtigen Meßerben doch ausreichend wären, berahdt Kollege unsere Organisation mit einem Schiff. Er nannte die Hauptverwaltung eine schlechte Schiffsbesatzung, die bei schönem Wetter die Anker lichtet und dabei unterläßt, für Proviant und Rettungsmaterial zu sorgen. Weinschild könnte es uns ergeben, wenn nicht beglückten Vorsehung getroffen würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch mal größere Kämpfe in der Treibriemen- oder in der Auto- und Wagenbranche entbrennen können. Nun wurde uns noch die gegenwärtige Finanzlage der Zentralkasse vor Augen geführt und wie sich dieselbe gestalten würde durch den projektierten 10-Pf.-Aufschlag bis zum Jahre 1916. Also bis Ablauf unserer größeren Tarifverträge. Des schönen Wetters wegen wollte uns Redner den Sonntag nicht zu sehr fügen und beschränkte er dieserhalb seine Rede. Allgemeiner Beifall war der Lohn für seine Ausführungen. -- Da sich ja die hiesigen Kollegen schon bald zu dem Vorschlag der Hauptverwaltung zustimmend erklärten, aber mit der Bedingung, das Mehr ungeschmälert nur für den Kriegsfonds und nicht für Verwendung zu Unterstützungen oder Verwaltungskosten zu verwenden, bewegte sich auch die Diskussion in diesem Fahrwasser. Außer einem Kollegen, der erklärte, seine Stimme nur einem Delegierten zu geben, der gegen jede Beitragserhöhung sei. Dafür schlug er eine Verminderung der Krankenunterstützung vor. Nachdem Kollege Weinschild schon mehrmals in die Diskussion eingegriffen, verknüpfte er in seinem Schlusswort, diese letzte Ansicht noch zu widerlegen.

**Entheim.** (E. 15. 3.) Zur Generalversammlung in München nahmen in einer mäßig besuchten Versammlung die Kollegen unserer Verwaltungsstelle Stellung. Kollege Schulz schilderte zunächst in einleitendem Referat die Entwicklung und gegenwärtige Situation unserer Verwaltungsstelle. Er schilderte in anschaulicher Weise, wie bei dem Zusammenschluß unserer Orte das gewerkschaftliche Leben fast gänzlich eingeschlafen war und welche Mühe und Arbeit es gefordert, um nur einigermaßen wieder Ordnung zu schaffen. Die Mitarbeit der einzelnen Kollegen war und ist gleich Null. Die Beitragsleistung ist die schlechteste im Gau. Dingen stehen wir in bezug auf Unterstützung an erster Stelle. Gewiß ist letzteres nicht unsere Schuld, sondern die fortgesetzte schlechte Konjunktur erfordert

solche Opfer, aber angesichts dieser Tatsache seien wir moralisch verpflichtet, für eine Stärkung der Hauptkasse einzutreten. Redner bespricht sodann die bis jetzt vorliegenden Anträge; verweist darauf, daß die Generalversammlung nicht lediglich die Aufgabe hat, die Beitragsfrage zu erledigen, sondern in erster Linie die Sozialgesetzgebung im Interesse aller unserer Mitglieder einmal eingehender Erörterungen unterziehen wird.

Zur Beitragserhöhung selbst erühd er, sich nicht einfach von dem Standpunkt leiten zu lassen, wir lehnen es ab, sondern eine sachliche Prüfung der Gründe sei unsere Pflicht. Es falle durchaus ins Gewicht, daß unsere Kasse, trotzdem große Kämpfe nicht stattfanden, nur ganz geringe Zunahme aufweise, auch die Gründe, die in unserer Zeitung gegeben wurden, sind stichhaltig. In einem stimmt Redner mit den Gegnern überein; die jetzige Zeit sei wenig geeignet, von unseren Kollegen Zustimmung zu erlangen. Dem habe aber auch der Zentralvorstand schon Rechnung getragen. Im Auftrage der Ortsverwaltung unterbreitet Kollege Schulz zum Schluß den Antrag, daß während der Krankheit am Orte der Beitrag gezahlt werden und von der Unterstützung in Abzug gebracht werden soll. In der Diskussion wird diesem Antrag allseitig zugestimmt, dagegen aber eine Beitragserhöhung einstimmig verworfen. Es sprechen hierzu die Kollegen Wehl, Scip, Arug, Meiu und Höbel. Die Kollegen besuchten, daß denn erst recht die Verwaltungsstelle nicht vorwärts käme, auch beeinflusse die fünfjährige Vertragsdauer die Stimmung. Hierzu konnte noch die furchtbare Teuerung. Auch hier seien es die Arbeiter, welche am meisten Not litten, und nicht zuletzt unsere Mitglieder. Bei der nächsten Generalversammlung lasse sich darüber eher reden.

**Kaiserslautern.** (E. 15. 3.) Am 10. März fand die vom Zentralvorstand einberufene Versammlung statt, in der Kollege Schneider-Köln einen Vortrag über: „Gewerkschaftliche Kämpfe und Ziele“ hielt. Der Referent führte in seinem Vortrage die Kämpfe, die die Arbeiterschaft schon im 14. Jahrhundert zu führen habe, vor Augen und kam auf die freie Arbeiterschaft der heutigen Zeit zu sprechen, um dann so langsam in die Bahn der Beitragserhöhung hineinzuleiten. Kollege Schneider führt an, daß innerhalb unseres Verbandes große Kämpfe zu erwarten sind und das Geld, was noch in der Kasse ist, würde, wenn die Kämpfe ausbrechen sollten, in wenigen Wochen erschöpft sein. Alle Kollegen, die sich an der Debatte beteiligten, waren anderer Ansicht. Sie führten an, daß verschiedene Branchen langfristige Tarife abgeschlossen und somit wir keine Kämpfe zu erwarten hätten und beurteilten das Vorgehen des Zentralvorstandes, daß er in der Zeit der Teuerung noch mit Beitragserhöhung kommt und keine Rücksicht auf die Mitglieder nimmt, die ohne den Verbandsbetrag noch andere Beiträge zu leisten haben. Die Abstimmung ergab, daß von den 23 anwesenden Kollegen alle, mit 3 Stimmenthaltungen, gegen die Beitragserhöhung stimmten.

**Machen.** (E. 18. 3.) Die gut besuchte Versammlung nahm den Bericht der Düsseldorfener Branchenversammlung entgegen und erklärte sich mit deren Beschlüssen einverstanden. Dann referierte Kollege Busch-Leipzig über: „Wer schaut die Interessen der Sattler und Portefeuller?“, wofür ihm reichlicher Beifall gezollt wurde.

**Berlin.** (E. 18. 3.) Donnerstag, den 14. d. M., beschäftigte sich die hiesige Kollegenschaft in einer außerordentlichen, äußerst gut besuchten Versammlung mit der Beratung von Anträgen zum Verbandstag und Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Verbandstag. Eine fast zweistündige Debatte rief der Antrag des Zentralvorstandes auf Beitragserhöhung hervor. Eingang dieser Diskussion hob Kollege Schulze hervor, daß sich mit Ausnahme der Linseumleger und Teppichnäher sämtliche Branchen mit der Erhöhung der Beiträge einverstanden erklärt haben. Die Gegner dieses Antrages ließen sich von dem Gesichtspunkte leiten, daß eine Notwendigkeit zur Erhöhung nicht vorliegt. Die uns bevorstehenden Kämpfe werden nicht derartig groß werden, daß mit den vorhandenen Mitteln nicht auszukommen wäre. Durch den günstigen Abschluß in der Portefeuller- und Meißnerarbeitenbranche seien genügend Mittel vorhanden, und die Bewegungen der anderen Branchen durchführen zu können. Der Antrag auf Erhöhung würde gewiß in Berlin, genau wie er bereits in den übrigen Verwaltungsstellen laut Versammlungsberichte eine Ablehnung erfahren, wenn es nicht möglich wäre, die Mehrkosten von der Lokalkasse zu beden.

Scharf kritisiert wurden auch die Agitationstouren der Angestellten des Zentralvorstandes resp. der Austausch der Gauleiter zwecks Abhaltung von Versammlungen, um für den Antrag des Zentralvorstandes Stimmung zu machen. Die Befürworter

des Antrages legen in eingehender Weise dar, warum sie für die Beitragserhöhung stimmen, welche sie auch im Interesse der Organisation für notwendig halten. Die von verschiedenen Kollegen gemachten Ausführungen, daß die uns bevorstehenden Mühsale eine Beitragserhöhung nicht rechtfertigen, wird besonders vom Kollegen Schulz dahin richtiggestellt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Bewegungen nicht so glatt erledigt werden, wie von verschiedenen Gegnern der Beitragserhöhung ausgesagt worden ist.

Wenn immer auf den Tarifschluß der Reiseartikelfrage hingewiesen wird, daß diese Branche auf 5 Jahre festgelegt, so muß aber festgestellt werden, daß, wenn die Kollegen dieser Branchen gezwungen werden, zur Arbeitsüberlegung zu schreiten, auf Jahre hinaus keine andere Branche daran denken könnte, auch nur die kleinsten Forderungen zu stellen.

Kollege Blum verwahrt den Zentralvorstand gegen den Vorwurf, unbedingte Agitationstouren unternommen zu haben. Die Versammlungsberichte von den einzelnen Kabinellen geben kein genaues Bild von den Ansichten der Kollegen. In den meisten Versammlungen, welche der Zentralvorstand abgehalten hat, haben sich die Kollegen, nachdem die Gründe klargelegt wurden, warum eine Beitragserhöhung notwendig sei, für diese Erhöhung ausgesprochen. Der Antrag wurde darauf mit Majorität angenommen. Die Anträge zur Generalversammlung gelangten ohne Debatte zur Annahme.

Darauf wurden die Kollegen Hoffmann, Starke, Haug, Langmischle, Schulz, Böh, Hofmann, Nitsche, Langer, Wabhardt, Nowak, Villuth, Dahn, Paensch, Wähler, Kränzel und Haase als Kandidaten zum Verbandstag aufgestellt. Weiter wird bekannt gegeben, daß die Wahlhandlung von seiten der Ortsverwaltung geleitet wird. Zur Unterstützung der Wahlhandlung werden die Kollegen Koch, Döhring, Kleppke, Lehn, Kahr, Kobanu aus der Mitte der Versammlung gewählt. Ein Antrag der Freibrüderbranche auf Anschluß des Mühlwieses Julius Kreuer wegen unsolidarischem Verhaltens gelangt einstimmig zur Annahme.

**Bremserhaven.** (E. 18. 3.) Die Lage unserer Verunghenossen und die bevorstehende Generalversammlung lautete das Thema, über welches Kollege Weinschid in der am 11. März stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung sprach. Nach einem allgemeinen Situationsbericht unserer Gewerkschaft berührte er auch den bereits vielfach in der Zeitung erörterten wichtigen Punkt, die Beitragserhöhung. Mit einem bewundernswerten Optimismus ging der Referent der heiklen Angelegenheit zu Leibe und hatte dann auch am Schlusse der Versammlung die Genugtuung, konstatieren zu können, daß er in den bisherigen Widerstand der hiesigen Kollegen gegen die Beitragserhöhung eine Bresche geschlagen hatte. Trotz aller unserer Gegenargumente gelang es ihm, einen, wenn auch nur kleinen Teil unserer Mitglieder, der Erhöhung der Beiträge geneigt zu machen. Wenn auch der größte Teil noch auf dem absehbaren Standpunkt verharrte, ist doch zu hoffen, daß unsere bereits geäußerten Befürchtungen nur zum kleinsten Teil entziffren werden. Die in unserem letzten Versammlungsbericht enthaltene Aeußerung betreffs Wehrleitung des „Hofarbeiter-Verbandes“ muß, als übereilt und auf falscher Information beruhend, zurückgenommen werden.

**Frankfurt a. M.** (E. 18. 3.) Am 13. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die sich hauptsächlich mit der Münchener Generalversammlung beschäftigte. Ein einleitendes Referat hierzu hielt Kollege Rommel. Durch seine längeren Ausführungen über unsere Organisation im allgemeinen und die Klassenverhältnisse im besonderen versuchte er, die Mitglieder davon zu überzeugen, daß in erster Linie gute Klassenverhältnisse die beste Grundlage für eine vorwärtschreitende Organisation sind. Er empfiehlt deshalb der Versammlung, dem vom Zentralvorstand beantragten 80 Pf.-Beitrag zuzustimmen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen für, jedoch die Mehrzahl gegen eine Beitragserhöhung aus. Die verschiedensten Wünsche und Ansichten in bezug auf unsere Unterstützungs-einrichtungen und dergleichen kamen dabei zum Ausdruck. Eine Einführung für Staffelleitende hielt man aus verschiedenen Gründen für unmöglich. Die vom Vorstand der Versammlung unterbreiteten Anträge zu den Statuten wurden angenommen. Ebenso ein Antrag auf Anstellung eines Beamten für Frankfurt. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, daß eine Beitragserhöhung nur durch eine Abstimmung zu regeln sei, findet ebenfalls Annahme. Von den vorgelegenen Kollegen erklärten sich die Kollegen Rommel und Meyer bereit als Delegierte zur Generalversammlung. Außerdem ist von den Müffelsheimer Kollegen der Kollege Schured vorgezogen. Die Wahl der Delegierten ist für

Müffelsheim am Montag, den 25. März, für Frankfurt am Dienstag, den 26. März.

**Jena.** (E. 18. 3.) Am 9. März fand unsere Agitationsversammlung statt, zu welcher auch die Kollegen der Filiale Apolda eingeladen, aber leider nicht erschienen waren. Nach Erledigung der örtlichen Angelegenheiten hielt der Gauleiter Kollege Höp-Offenbach einen Vortrag über: „Der Einfluß der Organisation auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sattler und Portefeuller und die Aufgaben des Verbandstages.“ Mit der Beitragserhöhung hatten wir uns schon in der vorigen Versammlung beschäftigt und stimmten außer wenigen Kollegen dafür.

**Münzberg.** (E. 16. 3.) Am Montag, den 11. März, fand im Gemetschaftshaus unsere Hauptversammlung statt, die sich mit der Generalversammlung beschäftigte. Die Beitragserhöhung entfiel wieder eine äußerst lebhafte Debatte, doch war entgegen der Meinung der Versammlung vom 28. Februar, in der Kollege Blum hier war, diesmal kein unbedingtes und scharfes Verwerfen der Beitragserhöhung zu konstatieren. Durch die ganze Diskussion zog sich als Grundgedanke die Überzeugung von der Notwendigkeit, der Hauptklasse neue Mittel zuzuführen. Für undurchführbar wurde ebenso von vielen Kollegen, wenigstens für diesmal, eine Verknüpfung von Beitrags- und Unterstützungsbeitrag gehalten. Dagegen ist die Münzberger Kollegenschaft der Meinung, daß die Einführung des Staffelleitendes auf dem Prinzip der Selbstfinanzierung der Kollegen sehr wohl durchführbar und für die nächste Zeit auch anzustreben ist. Von einer Antragstellung auf dieser Frage wurde abgesehen, weil man den Delegierten freie Hand in ihrer Entscheidung lassen will. Dagegen wurde, um eine Inangrenztheit abzuschaffen, folgender Antrag zu § 6 zur Generalversammlung gestellt: Verlorene Marken brauchen nicht nachbezahlt zu werden, doch werden sie in Unterstützungsfällen nicht angerechnet. Eine scharfe Kritik erfuhr das Bestreben des Zentralvorstandes, das Delegationsrecht und Mitbestimmungsrecht der Mitglieder einzuschränken. Um den eigenartigen Berufsverhältnissen, wie sie in Münzberg und sicher auch an anderen Orten bestehen, Rechnung zu tragen, wird der Antrag gestellt: „Verwaltungsstellen, in deren sowohl Sattler als auch Portefeuller mindestens 150 Mitglieder haben, und wo zwischen beiden Branchen keine beruflichen Verührungspunkte sind, wählen für jede Branche einen Delegierten. Außerdem wird an die Generalversammlung der Antrag gestellt: der Gauleiter für den Gau Münzberg wird angestellt.“

Zum 1. Süddeutschen Arbeiterkongress, Pfingsten 1912, wird nach näherer Verlegung des Zeitprogramms durch Kollegen Meyer, beschlossen, sich am Festzug zu beteiligen. Die entstehenden Kosten sollen aus der Lokalkasse bestritten werden.

**Strasbourg.** (E. 18. 3.) In einer zahlreich besuchten Versammlung referierte Kollege Schneider-Klein über: „Gewerkschaftliche Kämpfe und Ziele.“ In der Diskussion wurde die Beitragserhöhung zur Sprache gebracht und betont die meisten Redner, daß man sich ihr nicht entziehen könne. Der Vorschlag des Zentralvorstandes hat aber im ersten Augenblick etwas herausfordernd gewirkt, da feinerlei Konzession in irgendeiner Unterstützungsart gemacht worden ist. Wenn auch zugegeben wird, daß vor allem die Stärkung des Fonds eine Notwendigkeit sei, so hätte man wenigstens die schon oft gewünschte Aenderung betreffend der Krankenzeit bei der Krankenunterstützung mit vornehmen können, zumal sich die Krankenunterstützung allgemeiner Sympathie erfreut und die geforderte Aenderung nur wenig Mittel absorbiert hätte.

Da die Diskussion wegen vorgerückter Zeit nicht zu Ende geführt werden konnte, wurde sie in der Mitgliederversammlung vom 16. d. M. fortgesetzt. Es wurde dabei ein Antrag über geheime Abstimmung zur Beitragserhöhung gefordert. Die Abstimmung ergab eine 2/3-Mehrheit für die Beitragserhöhung unter der Voraussetzung, daß die Krankenunterstützung statt vom 7. Tage vom 4. Tage ab ausbezahlt würde.

Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit dem in Nr. 11 der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ enthaltenen Artikel „Schlechte Kassatouren“, in welchem die Ulmer Kollegen als Moralprediger auf der Bildfläche erschienen. Etwas mehr Objektivität würde hier am Platze gewesen. Wenn man schon den Drang in sich spürt, sich in der Zeitung bemerkbar zu machen, so muß es auch in einer Weise geschehen, daß es mit der Wahrheit in Einklang zu bringen sei. Das ist aber hierbei nicht der Fall. Von den Preisen, die in der veröffentlichten Tabelle angeführt werden, ist auch nicht ein einziger richtig. Richtig ist nur, daß Herr Janßen diese Preise angeboten hat. Richtig ist ferner, daß wir diese Preise nicht akzeptiert, sondern auf Verhandlungen gedrungen haben, die mit dem Resultat endigten, daß wir gleichfalls auf fast alle Artikel eine Zulage er-

bielten, die wir als annehmbar bezeichnen konnten. Daß die Ulmer Kollegen solche abnummernlosen Engel sind und nicht gewußt haben, um was für Arbeit es sich handelt, das kann man uns wohl schwerlich zum Vorwurf machen. Nach den Enthüllungen in dem Artikel ist nur zu verraten, daß sie heute noch nicht wissen, was für Arbeit sie gemacht haben. Dagegen waren wir hier in Strasbourg von vornherein davon unterrichtet, daß es ausländische Arbeit ist. Und wenn es nicht gesagt wurde, das hätte man an der Ausführung sehen müssen, daß es unmaßlich deutsche Arbeit ist. Die Ausführung an derselben ist nun doch von der deutschen etwas zu verschieden. Es ist deshalb auch unverständlich, wie man den Berliner Tarif dagegen halten kann, wo sich doch jeder halbwegs in der Sache Eingeweihte sagen mußte, daß diese Preise auf keinem Fall übertragen werden können.

Die Ulmer Kollegen haben von unserem Vorgehen und von dem dabei Erreichten Kenntnis durch die Gauleitung erhalten. Davon erwähnen sie aber kein Wort. Sie müssen ferner wissen, daß aus tatsächlichen Rücksichten um jene Zeit ein größerer Wurf nicht gewagt werden konnte und daß wir uns das Jahnezeigen auf eine Bewegung vorbehalten haben, die uns mehr als diese vorübergehende Auslandsarbeit sichern soll.

**Rundschau.**

**Aus dem Reichstage.** Wieder ist dem Reichszentraler ein Minister dabongelaufen: Herr Bermuth, des Reiches Schatzkanzler. Er war in seinem Spezialfach anerkanntermaßen der Beste von allen denen, die in den letzten 25 Jahren ihre Namen hergeben mußten, um die Schulden- und Steuer-macherei verantwortlich zu zeichnen. Herr Bermuth hatte den vernünftigen Grundsat aufgestellt: Keine neuen Ausgaben ohne Deckung. Und da neue Forderungen in kolossalem Umfang für den „Ausbau“ des Heeres und der Marine demnächst an den Reichstag kommen werden, so wollte Herr Bermuth abermals eine Erbschaftsteuervorlage einbringen. Damit jedoch sein Chef, der schon erwähnte sogenannte Reichszentraler, auch einverstanden. Dann aber drohte das Zentrum: Junge, Junge, hüte dich! Wehe dir, wenn du mit einer auch den Junkern verhassten Erbschaftsteuer kommst! Da fiel Bermuth vor Schrecken auf den Popo —: Bermuth aber, ein Mann, der auf sich hält, manbte sich mit Grauen.

So bedeutungsvoll auch dieser neue Vorgang ist, so sehr er abermals blühartig die von Blamage zu Blamage führende „Regierung“ des Herrn v. Bethmann beleuchtet — was bedeutet er doch im Vergleiche zu dem großen Ringen zwischen Kapital und Arbeit im Ruhrgebiet und der Art und Weise, wie dieser gigantische Kampf im Reichstag behandelt worden ist!

Wir können und brauchen hier nicht auf Einzelheiten hinzuweisen, die unseren Lesern aus der Tagespresse längst bekannt sind. Aber auf die Tatsachen hinzuweisen, die in Rapidarschrift für alle Zeiten die Schande christlicher Gewerkschaftsführer fünden werden, das scheint uns allerdings notwendig zu sein.

Obwohl die Lebensmittelpreise in den letzten Jahren dank der volksfeindlichen Politik der Konser-vativen und Zentrumskreisen nicht allen ihren gleichwertigen Hilfsstruppen gewaltig in die Höhe gegangen waren, stiegen die Löhne der Bergarbeiter, so daß bis auf den heutigen Tag nicht einmal die Löhne von 1907 wieder erreicht sind. Prolog wurden von den Bergarbeitern alle Vorstellungen abgelehnt, so daß den Grubenfläben der Streik geradezu aufgezwungen wurde. Der alte Verband, die Dickschäufelchen und die Polen einigten sich zum Treibhünd der Bergarbeiter — die Christlichen durften nicht mitsämpfen, sie waren aus politischen Gründen vom Zentrum an die Kette gelegt worden. Dadurch war der Kampf von vornherein nicht nur nicht einheitlich, er wurde durch den christlichen Streikbruch geradezu vergiftet.

Das alles hatte man, wenn auch nicht in ganz so absehbare Weise, leider schon alles erlebt bei Arbeiterkämpfen. Dann aber trat etwas ein, was man kaum erwähnen kann, ohne daß einem die Hornesdröhte aufsteigt: geradezu im Einklang mit den wütendsten Schurfnadlern wurde „christlich“ nach Politik und Soldaten geschrien, wurde gemeinsam Material zusammengetragen für die früher oder später kommende Zuchtstrahlvorlage! Dabei verfahren die Kraul- und Schlotjunker, die Nagalla von Biebertein, die v. Camp und Konforten, meistens sehr ungeschickt. Aber mit wahrhaft teuflisch-jesuitischer Raffiniertheit sind die „Christlichen“ zu Werke gegangen, um denen die Wege zu bahnen, die den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollen.

Ein Beispiel für viele: Der Vorstand des christlichen Gewerksvereins hat an seine Mitglieder ein Formular ergehen lassen, in dem die christlichen Bergarbeiter aufgefordert werden, folgende Erklärung zu unterschreiben:

„Ich, Endesunterzeichneter, erkläre hiermit, daß ich nicht streiten will. Ich kann leider jetzt nicht zur Arbeit kommen, weil die Unsicherheit auf den Wegen zu groß ist, daß ich ohne Gefahr für mein Leben und meine Gesundheit den Weg nicht machen kann. Ich erkläre mich bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, sobald die Behörde dafür sorgt, daß ich diese ohne Gefahr wieder aufnehmen kann.“

„Ehrliche Arbeiter kämpfen um Brot und Licht, um Luft und Lohn und dann fallen ihnen die „Christlichen“ in den Rücken und schreien nach Polizei und Soldaten! Nichts anderes bedeutet das Judasformular. Mag der ungleiche Kampf ausgeben wie er mag, die Lehre mußte er den Arbeitern, die bisher noch in gutem Glauben in den Reihen der Christlichen stehen, eingepaukt haben: Hier ist nicht der Platz für einen ehrlich nach vorwärtsstrebenden Arbeiter — hier ist wirklich nur der Platz für Zentrumsflaven, die die Knute küssen, mit der sie geprügelt werden; die das Wort des Bischofs Genle akzeptieren: wer Knecht ist, muß Knecht bleiben! Geradezu widerwärtig war das Gebären der christlichen Arbeiterssekretäre Weder und Wehren im Reichstag. Diese ewig lachenden, freijüchenden und auf den Stühlen sich räkellenden Herren haben, wie uns mehrfach berichtet worden ist, auch in bürgerlichen Kreisen den denkbar schäblichsten Eindruck gemacht. Als die Kunde kam, daß im Ruhrrevier Blut geflossen, daß Arbeiter erschossen seien, da wurde denen, die die „christliche Sache“ beredeten, hundertfach das Schandmal Judas auf die Stirnen gebrannt.“

**Bekanntmachungen zur Generalversammlung in München.**

Um verschiedenen Wünschen Rechnung zu tragen, hat der Vorstand und Ausschuss beschloffen, den Termin für Einbringung der Anträge zur Generalversammlung bis zum 26. März zu verlängern. Anträge, welche bis zu diesem Zeitpunkt nicht in der Hauptverwaltung eingegangen sind, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Aus Halle wird uns mitgeteilt, daß der Kandidat für den 8. Wahlkreis, Kollege Straub, infolge Differenzen seinen Austritt aus dem Verbands erklärt hat und an seiner Stelle der Kollege Otto Ropel aufgestellt wurde.

Die Resultate der Wahlen sind sorgfältig in das Protokollformular aufzunehmen und dieses nebst den Stimmzetteln sofort hier einzusenden.  
Der Vorstand.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Am Sonnabend, den 30. März, ist die Zahl der Arbeitslosen und der sich am Ort aufhaltenden Zugereisten festzustellen und auch in die gelbe Karte einzutragen. Die Karte muß spätestens bis zum 9. April in unseren Händen sein.  
Der Vorstand.

**Bücherchau.**

„Meines Jahres-Supplement 1909/1910 (Band 22) zu Meyers Großem Konversations-Lexikon, sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. 964 Seiten Text mit über 1000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf 83 Bildertafeln (darunter 4 Farbendrucktafeln) und 15 selbständige Kartenbeilagen sowie 10 Textbeilagen. In Halbleder gebunden 10 Mk. oder in Prachtband 12 Mk. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.)“

„Ein treues Spiegelbild des rastlosen Vorwärtstreibens unserer Zeit bietet das „I. Jahres-Supplement 1909/10“ zu Meyers Großem Konversations-Lexikon (der ganzen Reihe 22. Band). In der Tat, mit diesem Hilfsmittel ausgerüstet, kann man sich bequem und rasch über jede der tausend Fragen unterrichten, deren Verständnis vom „modernen“ Menschen verlangt wird. Der Politiker, der Zeitungsleser findet hier die Staatengeschichte der ganzen Erde up to date vergeichnet, die jüngste Entwicklung aller politischen Parteien dargelegt, die neuesten Wahlrechtsänderungen usw. besprochen. Wer sich für Steuerpolitik und Finanzwesen interessiert, wird z. B. durch die sehr ausführlichen Uebersichtsartikel „Reichsfinanzreform“ und „Gemeindefinanzen“ sowie durch die Einzelartikel auf seine Rechnung kommen. Seerwesen und Marine sind in Hunderten von Einzelbeiträgen vertreten, welche die neuesten Vervollkommnungen der modernen Versorgungsmittel in Wort und Bild vorführen; ebenso

wird der waffenstarrende Weltfrieden, der (um mit „Bippchen“ zu reden) mit aller Gewalt nicht ausbrechen will, in den Abschnitten „See- und Marine“ bei den einzelnen Staatenartikeln illustriert. Doch daneben Technik und Naturwissenschaft, Kunst und Geisteswissenschaft, Kirchen- und Unterrichtswesen, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Verkehrsweisen — kurz: alle Gebiete menschlicher Betätigung in ihren jüngsten Fortschritten, hier zum bequemsten Studium alphabetisch geordnet, von berühmten, z. T. berühmten Fachleuten allgemein verständlich behandelt werden, daß auch dieser Band wieder verschwenderisch mit meisterhaft ausgeführten Bildertafeln und Textillustrationen ausgestattet ist. — das braucht eigentlich bei „Meyers Konversations-Lexikon“ gar nicht besonders gesagt zu werden. Hebrigen wird es niemand bereuen, sich dieses Jahres-Supplement zulegen zu haben, auch wenn er den „Großen Meyer“ noch nicht besitzt; die Fülle durchaus selbständiger größerer Artikel, die diesen Band auszeichnen, bietet jeder etwas; wir nennen hier beispielsweise nur die beiden tiefgründigen, feinsinnig gedruckten Abhandlungen „Alttestamentliche Wissenschaft der Gegenwart“ und „Evangelisches Kirchenwesen in Deutschland“, ferner den praxisreichen, sechs Spalten langen Beitrag „Säuglingsmilch“ mit zwei Bildertafeln „Hygienische Milchgewinnung“, und können es wohl verantworten, im Hinblick auf diesen wohlgeleiteten Band erneut die Anschaffung des ganzen Werkes anzuraten.“

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage von Paul Jirich und Bruno Vorhardt. Das Werk gibt zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die gesamten Wahlen vom Jahre 1867 bis zum Jahre 1912 unter besonderer Berücksichtigung der sozialdemokratischen Beteiligung und Erfolge. Der Preis beträgt 2 Mk. Die ungefährte Vereinsausgabe kostet 1 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

**Adressenänderungen.**

Flauen i. S. R. U. Reinhold Vorjuchy, Ziegelstraße 34 pt. 3-6 Uhr nachmittags.  
Rottenburg a. T. V. Hans Ragner, Alter Stadtgraben 302.

**Sterbetafel.**

Bielefeld. Am 18. März 1912 verstarb unser Kollege Wilhelm Riemann, im Alter von 58 Jahren, Magenleiden.  
Ehre seinem Andenken!

**Briefkasten der Redaktion.**

W. D. Ist gut so. Besten Gruß.

**Verfammlungskalender.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfammlungsangelegen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

- Hungsbura. Samstag, den 30. März, abends 8 Uhr, „Witelsbacher Hof“, Jesuitengasse 406.
- Rauhen. Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zittau“.
- Braunschweig. Dienstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Werder 32.
- Dortmund. Samstag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Germania-Halle“, Nordstraße.
- Düsseldorf. Samstag, den 30. März, abends 9 Uhr, „Wuppertaler Hof“, Kaiserstr. 65.
- Frankfurt a. M. Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im Heinen Saal des Gewerkschaftshauses.
- Hannover. Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Halle a. S. Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Volkspark“.
- Heilbrunn. Samstag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Kiel. Dienstag, den 26. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Jährstr. 24.
- M. Aubeim. Samstag, den 30. März, abends 8 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“.
- Leipzig. Sonnabend, den 30. März, abends 8 Uhr, im Gesellschaftssaal des Volkshauses, Wahl der Delegierten.
- Magdeburg. Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Burgallee“, Fischlerstr. 28.
- Nürnberg. Montag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, Sektionsversammlung der Sattler, „Gewerkschaftshaus“.
- Sölingen. Sonntag, den 31. März, vormittags 9 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Stuttgart. Dienstag, den 26. März, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus; Allgemeine Versammlung. Die Verhandlungsversammlungen der Kofferarbeiter und Portefeuille am 25. und 26. März fallen aus.
- Wetzlar. Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, Schippmanns Herberge, Gr. Sand.
- Wesel. Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Hof von Oldenburg“.
- Werdau. Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Hofenblüte“, Albertstraße.
- Zwickau. Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, „Goldener Weder“, Innere Leipzigerstraße.

**Anzeigen**

**Berlin.**  
**Cehrlings- u. Jugendabteilung.**  
Die nächste regelmäßige  
**Mitglieder-Versammlung**  
findet am  
**Sonnabend, den 30. März, abends pünktl. 8 Uhr**  
im **Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 11,**  
katt. Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Jugendauschuss.

Wer Bedarf hat   
in wirklich gut schnelldenden Sollinger Stahlwaren bestelle sofort in eigenem Interesse unseren Hauptkatalog über tausende Artikel aller Art, welchen wir gratis und franko versenden.  
**Gebr. Bell, Gräfrath 435**  
bei Sollingen, Fabrik-Versandhaus.

**Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.**  
Spezialität von **E. Reubauer, Offenbach a. M.**  
Lieferung sofort ab Lager.

**Georg Weihnachts Bierhaus, Grönte. 21.**  
**H. Weiß-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier**  
Zahlstelle der Zentral-Ertragskassen der Sattler und der Ortsverwaltung  
des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Frieden Volkshilfe“.

**100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—**  
Ich habe in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontinentalen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Bester Referee ist:  
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,  
100 Stück feine 9 Pfg.-Zigarren für 4,50 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk.,  
100 Stück feine 11 Pfg.-Zigarren für 5,50 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.,  
100 Stück feine 13 Pfg.-Zigarren für 6,50 Mk., 100 Stück feine 14 Pfg.-Zigarren für 7 Mk.,  
100 Stück feine 15 Pfg.-Zigarren für 7,50 Mk., 100 Stück feine 16 Pfg.-Zigarren für 8 Mk.,  
100 Stück feine 17 Pfg.-Zigarren für 8,50 Mk., 100 Stück feine 18 Pfg.-Zigarren für 9 Mk.,  
100 Stück feine 19 Pfg.-Zigarren für 9,50 Mk., 100 Stück feine 20 Pfg.-Zigarren für 10 Mk.,  
100 Stück feine 21 Pfg.-Zigarren für 10,50 Mk., 100 Stück feine 22 Pfg.-Zigarren für 11 Mk.,  
100 Stück feine 23 Pfg.-Zigarren für 11,50 Mk., 100 Stück feine 24 Pfg.-Zigarren für 12 Mk.,  
100 Stück feine 25 Pfg.-Zigarren für 12,50 Mk., 100 Stück feine 26 Pfg.-Zigarren für 13 Mk.,  
100 Stück feine 27 Pfg.-Zigarren für 13,50 Mk., 100 Stück feine 28 Pfg.-Zigarren für 14 Mk.,  
100 Stück feine 29 Pfg.-Zigarren für 14,50 Mk., 100 Stück feine 30 Pfg.-Zigarren für 15 Mk.,  
100 Stück feine 31 Pfg.-Zigarren für 15,50 Mk., 100 Stück feine 32 Pfg.-Zigarren für 16 Mk.,  
100 Stück feine 33 Pfg.-Zigarren für 16,50 Mk., 100 Stück feine 34 Pfg.-Zigarren für 17 Mk.,  
100 Stück feine 35 Pfg.-Zigarren für 17,50 Mk., 100 Stück feine 36 Pfg.-Zigarren für 18 Mk.,  
100 Stück feine 37 Pfg.-Zigarren für 18,50 Mk., 100 Stück feine 38 Pfg.-Zigarren für 19 Mk.,  
100 Stück feine 39 Pfg.-Zigarren für 19,50 Mk., 100 Stück feine 40 Pfg.-Zigarren für 20 Mk.,  
100 Stück feine 41 Pfg.-Zigarren für 20,50 Mk., 100 Stück feine 42 Pfg.-Zigarren für 21 Mk.,  
100 Stück feine 43 Pfg.-Zigarren für 21,50 Mk., 100 Stück feine 44 Pfg.-Zigarren für 22 Mk.,  
100 Stück feine 45 Pfg.-Zigarren für 22,50 Mk., 100 Stück feine 46 Pfg.-Zigarren für 23 Mk.,  
100 Stück feine 47 Pfg.-Zigarren für 23,50 Mk., 100 Stück feine 48 Pfg.-Zigarren für 24 Mk.,  
100 Stück feine 49 Pfg.-Zigarren für 24,50 Mk., 100 Stück feine 50 Pfg.-Zigarren für 25 Mk.,  
100 Stück feine 51 Pfg.-Zigarren für 25,50 Mk., 100 Stück feine 52 Pfg.-Zigarren für 26 Mk.,  
100 Stück feine 53 Pfg.-Zigarren für 26,50 Mk., 100 Stück feine 54 Pfg.-Zigarren für 27 Mk.,  
100 Stück feine 55 Pfg.-Zigarren für 27,50 Mk., 100 Stück feine 56 Pfg.-Zigarren für 28 Mk.,  
100 Stück feine 57 Pfg.-Zigarren für 28,50 Mk., 100 Stück feine 58 Pfg.-Zigarren für 29 Mk.,  
100 Stück feine 59 Pfg.-Zigarren für 29,50 Mk., 100 Stück feine 60 Pfg.-Zigarren für 30 Mk.,  
100 Stück feine 61 Pfg.-Zigarren für 30,50 Mk., 100 Stück feine 62 Pfg.-Zigarren für 31 Mk.,  
100 Stück feine 63 Pfg.-Zigarren für 31,50 Mk., 100 Stück feine 64 Pfg.-Zigarren für 32 Mk.,  
100 Stück feine 65 Pfg.-Zigarren für 32,50 Mk., 100 Stück feine 66 Pfg.-Zigarren für 33 Mk.,  
100 Stück feine 67 Pfg.-Zigarren für 33,50 Mk., 100 Stück feine 68 Pfg.-Zigarren für 34 Mk.,  
100 Stück feine 69 Pfg.-Zigarren für 34,50 Mk., 100 Stück feine 70 Pfg.-Zigarren für 35 Mk.,  
100 Stück feine 71 Pfg.-Zigarren für 35,50 Mk., 100 Stück feine 72 Pfg.-Zigarren für 36 Mk.,  
100 Stück feine 73 Pfg.-Zigarren für 36,50 Mk., 100 Stück feine 74 Pfg.-Zigarren für 37 Mk.,  
100 Stück feine 75 Pfg.-Zigarren für 37,50 Mk., 100 Stück feine 76 Pfg.-Zigarren für 38 Mk.,  
100 Stück feine 77 Pfg.-Zigarren für 38,50 Mk., 100 Stück feine 78 Pfg.-Zigarren für 39 Mk.,  
100 Stück feine 79 Pfg.-Zigarren für 39,50 Mk., 100 Stück feine 80 Pfg.-Zigarren für 40 Mk.,  
100 Stück feine 81 Pfg.-Zigarren für 40,50 Mk., 100 Stück feine 82 Pfg.-Zigarren für 41 Mk.,  
100 Stück feine 83 Pfg.-Zigarren für 41,50 Mk., 100 Stück feine 84 Pfg.-Zigarren für 42 Mk.,  
100 Stück feine 85 Pfg.-Zigarren für 42,50 Mk., 100 Stück feine 86 Pfg.-Zigarren für 43 Mk.,  
100 Stück feine 87 Pfg.-Zigarren für 43,50 Mk., 100 Stück feine 88 Pfg.-Zigarren für 44 Mk.,  
100 Stück feine 89 Pfg.-Zigarren für 44,50 Mk., 100 Stück feine 90 Pfg.-Zigarren für 45 Mk.,  
100 Stück feine 91 Pfg.-Zigarren für 45,50 Mk., 100 Stück feine 92 Pfg.-Zigarren für 46 Mk.,  
100 Stück feine 93 Pfg.-Zigarren für 46,50 Mk., 100 Stück feine 94 Pfg.-Zigarren für 47 Mk.,  
100 Stück feine 95 Pfg.-Zigarren für 47,50 Mk., 100 Stück feine 96 Pfg.-Zigarren für 48 Mk.,  
100 Stück feine 97 Pfg.-Zigarren für 48,50 Mk., 100 Stück feine 98 Pfg.-Zigarren für 49 Mk.,  
100 Stück feine 99 Pfg.-Zigarren für 49,50 Mk., 100 Stück feine 100 Pfg.-Zigarren für 50 Mk.,  
100 Stück feine 101 Pfg.-Zigarren für 50,50 Mk., 100 Stück feine 102 Pfg.-Zigarren für 51 Mk.,  
100 Stück feine 103 Pfg.-Zigarren für 51,50 Mk., 100 Stück feine 104 Pfg.-Zigarren für 52 Mk.,  
100 Stück feine 105 Pfg.-Zigarren für 52,50 Mk., 100 Stück feine 106 Pfg.-Zigarren für 53 Mk.,  
100 Stück feine 107 Pfg.-Zigarren für 53,50 Mk., 100 Stück feine 108 Pfg.-Zigarren für 54 Mk.,  
100 Stück feine 109 Pfg.-Zigarren für 54,50 Mk., 100 Stück feine 110 Pfg.-Zigarren für 55 Mk.,  
100 Stück feine 111 Pfg.-Zigarren für 55,50 Mk., 100 Stück feine 112 Pfg.-Zigarren für 56 Mk.,  
100 Stück feine 113 Pfg.-Zigarren für 56,50 Mk., 100 Stück feine 114 Pfg.-Zigarren für 57 Mk.,  
100 Stück feine 115 Pfg.-Zigarren für 57,50 Mk., 100 Stück feine 116 Pfg.-Zigarren für 58 Mk.,  
100 Stück feine 117 Pfg.-Zigarren für 58,50 Mk., 100 Stück feine 118 Pfg.-Zigarren für 59 Mk.,  
100 Stück feine 119 Pfg.-Zigarren für 59,50 Mk., 100 Stück feine 120 Pfg.-Zigarren für 60 Mk.,  
100 Stück feine 121 Pfg.-Zigarren für 60,50 Mk., 100 Stück feine 122 Pfg.-Zigarren für 61 Mk.,  
100 Stück feine 123 Pfg.-Zigarren für 61,50 Mk., 100 Stück feine 124 Pfg.-Zigarren für 62 Mk.,  
100 Stück feine 125 Pfg.-Zigarren für 62,50 Mk., 100 Stück feine 126 Pfg.-Zigarren für 63 Mk.,  
100 Stück feine 127 Pfg.-Zigarren für 63,50 Mk., 100 Stück feine 128 Pfg.-Zigarren für 64 Mk.,  
100 Stück feine 129 Pfg.-Zigarren für 64,50 Mk., 100 Stück feine 130 Pfg.-Zigarren für 65 Mk.,  
100 Stück feine 131 Pfg.-Zigarren für 65,50 Mk., 100 Stück feine 132 Pfg.-Zigarren für 66 Mk.,  
100 Stück feine 133 Pfg.-Zigarren für 66,50 Mk., 100 Stück feine 134 Pfg.-Zigarren für 67 Mk.,  
100 Stück feine 135 Pfg.-Zigarren für 67,50 Mk., 100 Stück feine 136 Pfg.-Zigarren für 68 Mk.,  
100 Stück feine 137 Pfg.-Zigarren für 68,50 Mk., 100 Stück feine 138 Pfg.-Zigarren für 69 Mk.,  
100 Stück feine 139 Pfg.-Zigarren für 69,50 Mk., 100 Stück feine 140 Pfg.-Zigarren für 70 Mk.,  
100 Stück feine 141 Pfg.-Zigarren für 70,50 Mk., 100 Stück feine 142 Pfg.-Zigarren für 71 Mk.,  
100 Stück feine 143 Pfg.-Zigarren für 71,50 Mk., 100 Stück feine 144 Pfg.-Zigarren für 72 Mk.,  
100 Stück feine 145 Pfg.-Zigarren für 72,50 Mk., 100 Stück feine 146 Pfg.-Zigarren für 73 Mk.,  
100 Stück feine 147 Pfg.-Zigarren für 73,50 Mk., 100 Stück feine 148 Pfg.-Zigarren für 74 Mk.,  
100 Stück feine 149 Pfg.-Zigarren für 74,50 Mk., 100 Stück feine 150 Pfg.-Zigarren für 75 Mk.,  
100 Stück feine 151 Pfg.-Zigarren für 75,50 Mk., 100 Stück feine 152 Pfg.-Zigarren für 76 Mk.,  
100 Stück feine 153 Pfg.-Zigarren für 76,50 Mk., 100 Stück feine 154 Pfg.-Zigarren für 77 Mk.,  
100 Stück feine 155 Pfg.-Zigarren für 77,50 Mk., 100 Stück feine 156 Pfg.-Zigarren für 78 Mk.,  
100 Stück feine 157 Pfg.-Zigarren für 78,50 Mk., 100 Stück feine 158 Pfg.-Zigarren für 79 Mk.,  
100 Stück feine 159 Pfg.-Zigarren für 79,50 Mk., 100 Stück feine 160 Pfg.-Zigarren für 80 Mk.,  
100 Stück feine 161 Pfg.-Zigarren für 80,50 Mk., 100 Stück feine 162 Pfg.-Zigarren für 81 Mk.,  
100 Stück feine 163 Pfg.-Zigarren für 81,50 Mk., 100 Stück feine 164 Pfg.-Zigarren für 82 Mk.,  
100 Stück feine 165 Pfg.-Zigarren für 82,50 Mk., 100 Stück feine 166 Pfg.-Zigarren für 83 Mk.,  
100 Stück feine 167 Pfg.-Zigarren für 83,50 Mk., 100 Stück feine 168 Pfg.-Zigarren für 84 Mk.,  
100 Stück feine 169 Pfg.-Zigarren für 84,50 Mk., 100 Stück feine 170 Pfg.-Zigarren für 85 Mk.,  
100 Stück feine 171 Pfg.-Zigarren für 85,50 Mk., 100 Stück feine 172 Pfg.-Zigarren für 86 Mk.,  
100 Stück feine 173 Pfg.-Zigarren für 86,50 Mk., 100 Stück feine 174 Pfg.-Zigarren für 87 Mk.,  
100 Stück feine 175 Pfg.-Zigarren für 87,50 Mk., 100 Stück feine 176 Pfg.-Zigarren für 88 Mk.,  
100 Stück feine 177 Pfg.-Zigarren für 88,50 Mk., 100 Stück feine 178 Pfg.-Zigarren für 89 Mk.,  
100 Stück feine 179 Pfg.-Zigarren für 89,50 Mk., 100 Stück feine 180 Pfg.-Zigarren für 90 Mk.,  
100 Stück feine 181 Pfg.-Zigarren für 90,50 Mk., 100 Stück feine 182 Pfg.-Zigarren für 91 Mk.,  
100 Stück feine 183 Pfg.-Zigarren für 91,50 Mk., 100 Stück feine 184 Pfg.-Zigarren für 92 Mk.,  
100 Stück feine 185 Pfg.-Zigarren für 92,50 Mk., 100 Stück feine 186 Pfg.-Zigarren für 93 Mk.,  
100 Stück feine 187 Pfg.-Zigarren für 93,50 Mk., 100 Stück feine 188 Pfg.-Zigarren für 94 Mk.,  
100 Stück feine 189 Pfg.-Zigarren für 94,50 Mk., 100 Stück feine 190 Pfg.-Zigarren für 95 Mk.,  
100 Stück feine 191 Pfg.-Zigarren für 95,50 Mk., 100 Stück feine 192 Pfg.-Zigarren für 96 Mk.,  
100 Stück feine 193 Pfg.-Zigarren für 96,50 Mk., 100 Stück feine 194 Pfg.-Zigarren für 97 Mk.,  
100 Stück feine 195 Pfg.-Zigarren für 97,50 Mk., 100 Stück feine 196 Pfg.-Zigarren für 98 Mk.,  
100 Stück feine 197 Pfg.-Zigarren für 98,50 Mk., 100 Stück feine 198 Pfg.-Zigarren für 99 Mk.,  
100 Stück feine 199 Pfg.-Zigarren für 99,50 Mk., 100 Stück feine 200 Pfg.-Zigarren für 100 Mk.,  
100 Stück feine 201 Pfg.-Zigarren für 100,50 Mk., 100 Stück feine 202 Pfg.-Zigarren für 101 Mk.,  
100 Stück feine 203 Pfg.-Zigarren für 101,50 Mk., 100 Stück feine 204 Pfg.-Zigarren für 102 Mk.,  
100 Stück feine 205 Pfg.-Zigarren für 102,50 Mk., 100 Stück feine 206 Pfg.-Zigarren für 103 Mk.,  
100 Stück feine 207 Pfg.-Zigarren für 103,50 Mk., 100 Stück feine 208 Pfg.-Zigarren für 104 Mk.,  
100 Stück feine 209 Pfg.-Zigarren für 104,50 Mk., 100 Stück feine 210 Pfg.-Zigarren für 105 Mk.,  
100 Stück feine 211 Pfg.-Zigarren für 105,50 Mk., 100 Stück feine 212 Pfg.-Zigarren für 106 Mk.,  
100 Stück feine 213 Pfg.-Zigarren für 106,50 Mk., 100 Stück feine 214 Pfg.-Zigarren für 107 Mk.,  
100 Stück feine 215 Pfg.-Zigarren für 107,50 Mk., 100 Stück feine 216 Pfg.-Zigarren für 108 Mk.,  
100 Stück feine 217 Pfg.-Zigarren für 108,50 Mk., 100 Stück feine 218 Pfg.-Zigarren für 109 Mk.,  
100 Stück feine 219 Pfg.-Zigarren für 109,50 Mk., 100 Stück feine 220 Pfg.-Zigarren für 110 Mk.,  
100 Stück feine 221 Pfg.-Zigarren für 110,50 Mk., 100 Stück feine 222 Pfg.-Zigarren für 111 Mk.,  
100 Stück feine 223 Pfg.-Zigarren für 111,50 Mk., 100 Stück feine 224 Pfg.-Zigarren für 112 Mk.,  
100 Stück feine 225 Pfg.-Zigarren für 112,50 Mk., 100 Stück feine 226 Pfg.-Zigarren für 113 Mk.,  
100 Stück feine 227 Pfg.-Zigarren für 113,50 Mk., 100 Stück feine 228 Pfg.-Zigarren für 114 Mk.,  
100 Stück feine 229 Pfg.-Zigarren für 114,50 Mk., 100 Stück feine 230 Pfg.-Zigarren für 115 Mk.,  
100 Stück feine 231 Pfg.-Zigarren für 115,50 Mk., 100 Stück feine 232 Pfg.-Zigarren für 116 Mk.,  
100 Stück feine 233 Pfg.-Zigarren für 116,50 Mk., 100 Stück feine 234 Pfg.-Zigarren für 117 Mk.,  
100 Stück feine 235 Pfg.-Zigarren für 117,50 Mk., 100 Stück feine 236 Pfg.-Zigarren für 118 Mk.,  
100 Stück feine 237 Pfg.-Zigarren für 118,50 Mk., 100 Stück feine 238 Pfg.-Zigarren für 119 Mk.,  
100 Stück feine 239 Pfg.-Zigarren für 119,50 Mk., 100 Stück feine 240 Pfg.-Zigarren für 120 Mk.,  
100 Stück feine 241 Pfg.-Zigarren für 120,50 Mk., 100 Stück feine 242 Pfg.-Zigarren für 121 Mk.,  
100 Stück feine 243 Pfg.-Zigarren für 121,50 Mk., 100 Stück feine 244 Pfg.-Zigarren für 122 Mk.,  
100 Stück feine 245 Pfg.-Zigarren für 122,50 Mk., 100 Stück feine 246 Pfg.-Zigarren für 123 Mk.,  
100 Stück feine 247 Pfg.-Zigarren für 123,50 Mk., 100 Stück feine 248 Pfg.-Zigarren für 124 Mk.,  
100 Stück feine 249 Pfg.-Zigarren für 124,50 Mk., 100 Stück feine 250 Pfg.-Zigarren für 125 Mk.,  
100 Stück feine 251 Pfg.-Zigarren für 125,50 Mk., 100 Stück feine 252 Pfg.-Zigarren für 126 Mk.,  
100 Stück feine 253 Pfg.-Zigarren für 126,50 Mk., 100 Stück feine 254 Pfg.-Zigarren für 127 Mk.,  
100 Stück feine 255 Pfg.-Zigarren für 127,50 Mk., 100 Stück feine 256 Pfg.-Zigarren für 128 Mk.,  
100 Stück feine 257 Pfg.-Zigarren für 128,50 Mk., 100 Stück feine 258 Pfg.-Zigarren für 129 Mk.,  
100 Stück feine 259 Pfg.-Zigarren für 129,50 Mk., 100 Stück feine 260 Pfg.-Zigarren für 130 Mk.,  
100 Stück feine 261 Pfg.-Zigarren für 130,50 Mk., 100 Stück feine 262 Pfg.-Zigarren für 131 Mk.,  
100 Stück feine 263 Pfg.-Zigarren für 131,50 Mk., 100 Stück feine 264 Pfg.-Zigarren für 132 Mk.,  
100 Stück feine 265 Pfg.-Zigarren für 132,50 Mk., 100 Stück feine 266 Pfg.-Zigarren für 133 Mk.,  
100 Stück feine 267 Pfg.-Zigarren für 133,50 Mk., 100 Stück feine 268 Pfg.-Zigarren für 134 Mk.,  
100 Stück feine 269 Pfg.-Zigarren für 134,50 Mk., 100 Stück feine 270 Pfg.-Zigarren für 135 Mk.,  
100 Stück feine 271 Pfg.-Zigarren für 135,50 Mk., 100 Stück feine 272 Pfg.-Zigarren für 136 Mk.,  
100 Stück feine 273 Pfg.-Zigarren für 136,50 Mk., 100 Stück feine 274 Pfg.-Zigarren für 137 Mk.,  
100 Stück feine 275 Pfg.-Zigarren für 137,50 Mk., 100 Stück feine 276 Pfg.-Zigarren für 138 Mk.,  
100 Stück feine 277 Pfg.-Zigarren für 138,50 Mk., 100 Stück feine 278 Pfg.-Zigarren für 139 Mk.,  
100 Stück feine 279 Pfg.-Zigarren für 139,50 Mk., 100 Stück feine 280 Pfg.-Zigarren für 140 Mk.,  
100 Stück feine 281 Pfg.-Zigarren für 140,50 Mk., 100 Stück feine 282 Pfg.-Zigarren für 141 Mk.,  
100 Stück feine 283 Pfg.-Zigarren für 141,50 Mk., 100 Stück feine 284 Pfg.-Zigarren für 142 Mk.,  
100 Stück feine 285 Pfg.-Zigarren für 142,50 Mk., 100 Stück feine 286 Pfg.-Zigarren für 143 Mk.,  
100 Stück feine 287 Pfg.-Zigarren für 143,50 Mk., 100 Stück feine 288 Pfg.-Zigarren für 144 Mk.,  
100 Stück feine 289 Pfg.-Zigarren für 144,50 Mk., 100 Stück feine 290 Pfg.-Zigarren für 145 Mk.,  
100 Stück feine 291 Pfg.-Zigarren für 145,50 Mk., 100 Stück feine 292 Pfg.-Zigarren für 146 Mk.,  
100 Stück feine 293 Pfg.-Zigarren für 146,50 Mk., 100 Stück feine 294 Pfg.-Zigarren für 147 Mk.,  
100 Stück feine 295 Pfg.-Zigarren für 147,50 Mk., 100 Stück feine 296 Pfg.-Zigarren für 148 Mk.,  
100 Stück feine 297 Pfg.-Zigarren für 148,50 Mk., 100 Stück feine 298 Pfg.-Zigarren für 149 Mk.,  
100 Stück feine 299 Pfg.-Zigarren für 149,50 Mk., 100 Stück feine 300 Pfg.-Zigarren für 150 Mk.,  
100 Stück feine 301 Pfg.-Zigarren für 150,50 Mk., 100 Stück feine 302 Pfg.-Zigarren für 151 Mk.,  
100 Stück feine 303 Pfg.-Zigarren für 151,50 Mk., 100 Stück feine 304 Pfg.-Zigarren für 152 Mk.,  
100 Stück feine 305 Pfg.-Zigarren für 152,50 Mk., 100 Stück feine 306 Pfg.-Zigarren für 153 Mk.,  
100 Stück feine 307 Pfg.-Zigarren für 153,50 Mk., 100 Stück feine 308 Pfg.-Zigarren für 154 Mk.,  
100 Stück feine 309 Pfg.-Zigarren für 154,50 Mk., 100 Stück feine 310 Pfg.-Zigarren für 155 Mk.,  
100 Stück feine 311 Pfg.-Zigarren für 155,50 Mk., 100 Stück feine 312 Pfg.-Zigarren für 156 Mk.,  
100 Stück feine 313 Pfg.-Zigarren für 156,50 Mk., 100 Stück feine 314 Pfg.-Zigarren für 157 Mk.,  
100 Stück feine 315 Pfg.-Zigarren für 157,50 Mk., 100 Stück feine 316 Pfg.-Zigarren für 158 Mk.,  
100 Stück feine 317 Pfg.-Zigarren für 158,50 Mk., 100 Stück feine 318 Pfg.-Zigarren für 159 Mk.,  
100 Stück feine 319 Pfg.-Zigarren für 159,50 Mk., 100 Stück feine 320 Pfg.-Zigarren für 160 Mk.,  
100 Stück feine 321 Pfg.-Zigarren für 160,50 Mk., 100 Stück feine 322 Pfg.-Zigarren für 161 Mk.,  
100 Stück feine 323 Pfg.-Zigarren für 161,50 Mk., 100 Stück feine 324 Pfg.-Zigarren für 162 Mk.,  
100 Stück feine 325 Pfg.-Zigarren für 162,50 Mk., 100 Stück feine 326 Pfg.-Zigarren für 163 Mk.,  
100 Stück feine 327 Pfg.-Zigarren für 163,50 Mk., 100 Stück feine 328 Pfg.-Zigarren für 164 Mk.,  
100 Stück feine 329 Pfg.-Zigarren für 164,50 Mk., 100 Stück feine 330 Pfg.-Zigarren für 165 Mk.,  
100 Stück feine 331 Pfg.-Zigarren für 165,50 Mk., 100 Stück feine 332 Pfg.-Zigarren für 166 Mk.,  
100 Stück feine 333 Pfg.-Zigarren für 166,50 Mk., 100 Stück feine 334 Pfg.-Zigarren für 167 Mk.,  
100 Stück feine 335 Pfg.-Zigarren für

# Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingetragene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

## Abrechnung des 4. Quartals 1911.

Einnahmen		Ausgaben	
An Ueberschüssen gingen ein:			
	RM.	Sh.	
Nachen	100	—	
Annaberg	200	—	
Altona	50	—	
Barmen	150	—	
Berlin	1600	—	
Bonn	200	—	
Berger	300	—	
Braunschweig	100	—	
Breslau	150	—	
Bischofsheim	200	—	
Düsseldorf	75	—	
Erfeld	200	—	
Erlangen	250	—	
Erfurt	75	—	
Fechenheim	300	—	
Gotha	100	—	
Grünstadt	100	—	
Hamburg	500	—	
Heusenstamm	150	—	
Heilbronn	275	—	
Herlorn	50	—	
Hägesheim	100	—	
Revelar	300	—	
Karlruhe	100	—	
Konstanz	100	—	
Leipzig	2500	—	
Lahr	200	—	
München	400	—	
Mühlheim	100	—	
Nürnberg	250	—	
Neu-Isenburg	150	—	
Offenbach	400	—	
Oberthausen	550	—	
Rumpenheim	200	—	
Rembrücken	100	—	
Stuttgart	1000	—	
Schleiz	100	—	
Witzsburg	100	—	
An Zinsen der Hypotheken			
der Wertpapiere			
der Sparkasseneinlagen			
Estrafen	48	25	
Steuerresten	15	94	
Verchiedenen	4	10	
Eintrittsgelder einzelstehender Mitglieder			
Steuern I. Klasse	451	—	
II. "	265	06	
III. "	1282	40	
Extrasteuern	38	20	
Für verlorene Marken	—	25	
Summa	19204	12	
Kassenbestand nach Abrechnung des 3. Quartals 1911			
	279799	50	
Summa	292008	68	
An Zuschüssen nach:			
	RM.	Sh.	
Nachen	100	—	
Bonn	100	—	
Birgel	150	—	
Buchholz	200	—	
Brieg	100	—	
Chemnitz	250	—	
Cassel	150	—	
Dortmund	150	—	
Düsseldorf	200	—	
Effen	100	—	
Fürth	300	—	
Hagen	100	—	
Wainz	200	—	
M.-Glabbach	100	—	
Regensburg	100	—	
Stettin	200	—	
Für Krankenunterstütz. an Mitgl.			
1. Klasse nach 10 Abtag 2	17	50	
2. " " " " 2	76	50	
3. " " " " 2	420	—	
1. " " " " 1	104	—	
2. " " " " 1	64	75	
3. " " " " 1	180	40	
Verdigungsgeld 2. Klasse			
	80	—	
ärztl. Behandlung	289	13	
Arznei	70	24	
Brillen	5	30	
Heilmittel	38	—	
Porto des Vorstehenden	57	73	
des Kassierers	58	91	
Schreibmaterial	16	35	
Verchiedenes	63	97	
1 Protokollbuch	3	—	
100 Exemplare Auszug für			
versicherungspflichtige Person.			
der A. D.	15	—	
Gebühren für Einreichung des			
Statutennachtrags	5	—	
Inserate in der Buchbinder-			
Zeitung, 1. 2 u. 3. Quartal	894	85	
8000 Protokolle drucken	88	75	
550000 Leitungsarten druck.	161	70	
895 Mitgliedsbücher binden	79	38	
Zinsen und höheren Kurs bei			
Auf von Wertpapieren	186	35	
Revision der Hauptliste für den			
Ausdruck	6	—	
Entschädigung der Revisoren			
bei Abrechnung des 3. Quartals	700	—	
Gehalt des Vorstehenden	600	—	
des Kassierers	15	—	
des Schriftführers			
der Beisitzer und des	75	—	
stellvertret. Vorstehenden	18	—	
Beitrag 3. Unterl.-Verreinig.	7	56	
Beitrag zur Inv.-Versicherung	139	38	
Mietzins pro 4. Quartal 1911			
Summa	7140	69	

### Silanz:

Einnahme	292 008,68 RM.
Ausgabe	7 140,69 "
Kassenbestand	284 867,99 RM.

Für die Richtigkeit:

Leipzig, den 29. Februar 1912.

### Die Revisoren:

Hugo Bergmann, Richard Gittel.

### Der Kassierer:

V. Stäbler.

An Krankengeld wurde ausgezahlt:	Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
	RM.	Sh.	RM.	Sh.
Nachen	834	10	28	35
Altenburg	18	—	4	63
Annaberg	125	—	17	95
Augsburg	186	55	20	54
Altona (Elbe)	94	—	16	50
Barmen	24	—	27	07
Berlin	4300	27	753	48
Bremen	173	—	53	88
Bonn	230	60	—	—
Bieber	959	90	3	17
Birgel	989	—	10	18
Berger	176	15	194	99
Braunschweig	118	25	48	87
Buchholz	249	75	48	65
Breslau	57	—	6	61
Dielefeld	260	80	—	—
Brieg	140	70	2	—
Bischofsheim	10	—	3	35
Chemnitz	498	—	—	—
Cassel	304	50	13	66
Dresden	1097	50	128	24
Dülmen	222	—	—	—
Dortmund	180	—	3	—
Düsseldorf	169	50	15	50
Erfeld	152	—	10	66
Erlangen	854	—	—	—
Effen (Ruhr)	284	—	—	—
Ehlingen	88	75	6	12
Erfurt	9	15	—	98
Frankfurt a. M.	534	05	66	64
Freiberg i. S.	166	50	30	51
Freiburg i. B.	249	75	26	66
Fechenheim	454	25	91	95
Fürth	491	—	171	06
Gera	50	—	—	—
Gotha	194	40	17	31
Grünstadt	45	—	—	—
Hamburg	345	50	91	50
Hannover	1268	25	117	—
Halle	168	80	5	10
Heusenstamm	22	—	—	—
Hildesheim	264	—	10	—
Hausen	275	50	64	55
Hagen	169	—	12	—
Heilbronn	—	—	—	90
Hannau	—	—	—	82
Herlorn	52	—	—	55
Hägesheim	14	—	—	86
Hain	183	35	18	60
Hirchheimbolanden	60	—	—	139
Revelar	872	60	18	05
Karlruhe	44	—	—	30
Kandel	18	—	—	165
Klein-Steinheim	145	—	28	39
Konstanz	6	75	—	—
Leipzig	6457	80	25	68
Lahr	258	—	—	—
München	952	65	139	50
Mainz	349	—	15	—
Mannheim	224	85	—	90
Magdeburg	269	75	37	71
M.-Glabbach	878	75	6	50
Mühlheim a. M.	582	10	16	96
Nürnberg	1089	20	40	36
Neu-Ruppin	48	—	35	76
Neu-Isenburg	18	—	—	105
Offenbach	2654	75	264	48
Oberthausen	388	—	18	85
Porzheim	20	—	—	—
Reutlingen	245	90	6	—
Regensburg	444	—	—	—
Rumpenheim	95	85	25	73
Rembrücken	84	30	59	20
Selma	12	—	37	30
Solingen	6	—	10	25
Stuttgart	1376	80	47	25
Stettin	317	20	47	28
Schleiz	137	—	22	25
Hlm	—	—	—	—
Hiesbaden	68	90	7	—
Witzsburg	40	95	10	50
Witz	40	95	—	—
Summa	33050	42	2987	74
			26394	27

\* In dieser Gesamtsumme ist das Verdigungsgeld mit enthalten.

An Verdigungsgeld wurde ausgezahlt:	
Berlin	80,—
Bonn	90,—
Chemnitz	90,—
Freiberg	70,—
Fürth	110,—
Gotha	110,—
Hagen	80,—
Heilbronn	400,—
Leipzig	90,—
München	90,—
Neu-Ruppin	100,—
Offenbach	100,—
Stuttgart	100,—
Witzsburg	80,—